

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 24. April 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pfg. incl. ins Post-
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die beidseitig getragene Kolonne
 oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Kernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Internationaler Socialisten-Kongress.

Paris, den 10. April 1900.

Bürger und Genossen!

Das socialistische Verständigungs-Komitee, das im Laufe des Jahres 1899 die fünf französischen, die Gesamtheit der französischen Socialistenpartei bildenden Organisationen vereinigte, hat Euch bereits ein Circular geschickt, in dem die Gründe auseinandergesetzt sind, weshalb es die Initiative zur Einberufung einer den internationalen Kongress vorbereitenden Konferenz faßte.

Diese Konferenz, die in Brüssel am 27. und 28. Mai v. J. stattfand, hat die unten veröffentlichten Beschlüsse gefaßt. Diese Beschlüsse wurden von den fünf damals dem Verständigungs-Komitee angehörenden Organisationen angenommen. Später hat das Verständigungs-Komitee seine Vollmachten dem General-Komitee abgetreten, das aus dem Kongress der socialistischen Organisationen Frankreichs im Dezember 1899 hervorgegangen war. Dem General-Komitee liegt also die Pflicht ob, Euch mitzuteilen, daß der nächste internationale Socialisten-Kongress vom 23. bis 28. September einschließlich stattfinden wird, also sechs Tage lang dauern wird.

Dieser Kongress, der fünfte seitdem das Proletariat der beiden Welten beschloßen hat, von neuem seine großen periodischen Assisen abzuhalten, wird folgen dem doppelten Kongress von Paris (1889), den Kongressen von Brüssel (1891), von Zürich (1893), von London (1895), wo jedesmal geeinigter, fester und imposanter sich die Macht der auf dem Boden des Klassenkampfes organisierten Arbeiter gezeigt hat.

Bevor er sich trennte, hat der Londoner Kongress seine Vollmachten einem ständigen Bureau übergeben mit dem Auftrag, den nächsten Kongress unter gewissen, klar bestimmten Bedingungen einzuberufen. Dieser Kongress sollte 1899 in Deutschland oder 1900 in Frankreich abgehalten werden, wenn höhere Gewalten — wie es auch wirklich geschah — unsre deutschen Genossen an der Ausübung ihres Mandats verhindern sollten.

Gegen Ende des Jahres 1898 wurden wir von unsern deutschen Genossen benachrichtigt, daß wir an ihrer Stelle zur Organisation des Kongresses schreiten müßten. Das Verständigungs-Komitee hatte sich damals gerade gebildet. Es übernahm die Aufgabe und beschäftigte sich sofort eingehend damit, für den zukünftigen Kongress alle Schwierigkeiten zu vermeiden, welche bei den früheren internationalen Kongressen hervorgetreten waren. Indem es vor allem die spezielle Lage der socialistischen und der Arbeiterorganisationen Frankreichs ins Auge faßte, trat das Verständigungs-Komitee, treu dem Sinne und dem Geist der Beschlüsse des Londoner Kongresses, einstimmig der Idee eines politischen socialistischen Kongresses bei, d. h. einer Versammlung, für welche die Teilnahme der Gewerkschaften davon abhängig ist, daß sie die Notwendigkeit einer politischen socialistischen Aktion anerkennen.

In diesem Sinn und Geist war das erste Circular geschrieben, welches wir an die Genossen der zwei Welten richteten. In diesem Sinn und Geist nahmen auch die Delegierten der fünf dem socialistischen französischen Verständigungs-Komitee angehörenden Organisationen an der Konferenz in Brüssel teil, die wir einberufen hatten.

Aber hier erhob sich eine Schwierigkeit. Das ständige Bureau von London, welches ebenfalls nach Brüssel berufen war, wollte seine Vollmachten nur dann in die Hände des socialistischen Verständigungs-Komitees ausliefern, wenn letzteres wörtlich die Einladungs-Bedingungen so annähme, wie sie vom Londoner Kongress formuliert waren. Die Konferenz in Brüssel hatte sich mit dieser Frage zu beschäftigen und hat sie schließlich in einem Sinne entschieden, der es den französischen Organisationen erlaubt, zum Besten des Proletariats das große internationale Arbeiter- und Socialisten-Parlament des Jahres 1900 vorzubereiten.

In folgender Form hat das ständige Bureau von London seine Vollmachten dem Verständigungs-Komitee übertragen, indem es, wie man sieht, anfangs an die Bestimmungen des Londoner Kongresses erinnert und mit den Beschlüssen endet, die das Resultat der auf der Brüsseler Konferenz zwischen den Organisationen der französischen Socialisten und denen der Socialisten der übrigen Länder getroffenen Abmachung sind:

„Der Kongress von London hat seinem Bureau Auftrag und Vollmacht gegeben, den nächsten Kongress im Jahr 1900 nach Paris zu berufen und zwar unter ausschließlicher Einladung

1. von Vertretern derjenigen Organisationen, welche zum Zweck haben, an Stelle des kapitalistischen Eigentums und der kapitalistischen Produktion das socialistische Eigentum und die socialistische Produktion zu setzen, und welche die gesetzgeberische und parlamentarische Aktion als die zur Erreichung dieses Zwecks notwendigen Mittel betrachten;

2. von rein gewerkschaftlichen Organisationen (Associations purement syndicales und Trades Unions), welche, ohne an der politischen Aktion als Kämpfer teilzunehmen, doch die Notwendigkeit der gesetzgeberischen und parlamentarischen Aktion anerkennen. Die Anarchisten sind demnach ausgeschlossen.

„In Ausführung dieses Mandats haben wir, die Unterzeichneten, Mitglieder des Londoner Bureau, unsre Vollmachten an die Mitglieder des französischen socialistischen Verständigungs-Komitees abgegeben mit dem Auftrag, zu dem Kongress einzuladen:

1. alle Arbeitervereinigungen (associations), welche sich zu den Grundprincipien des Socialismus bekennen, als da sind: Vergesellschaftung der Produktionsmittel und des Warenaustauschs, internationale Verbindung und Aktion der Arbeiter; socialistische Er-

oberung der öffentlichen Gewalten durch das als Klassenpartei organisierte Proletariat;

2. alle diejenigen korporativen (gewerkschaftlichen) Organisationen, die sich auf den Boden des Klassenkampfes stellen und die Notwendigkeit der politischen, also auch der gesetzgeberischen und parlamentarischen Aktion anerkennen, ohne sich jedoch direkt an der politischen Bewegung zu beteiligen.“

Diese vermittelnde Lösung wurde von den elf in Brüssel vertretenen Nationen einstimmig angenommen, mit alleiniger Ausnahme Frankreichs, das sich seine Entscheidung bis nach erfolgter Rücksprache der Delegierten mit dem Verständigungs-Komitee vorbehielt.

Mit der nämlichen Einmütigkeit beschloß die vorbereitende Konferenz, daß sie, nach Anhören der Erklärungen des Londoner Komitees und nach Kenntnisnahme des Circulars des französischen Verständigungs-Komitees dem letzteren, vorausgesetzt, daß es die vermittelnde Lösung annehme, die Vollmacht gab, den nächsten Kongress unter den oben mitgeteilten Bedingungen zusammenzubekommen.

Da die fünf dem französischen Verständigungs-Komitee anhängenden Organisationen einstimmig den Beschlüssen der Brüsseler Konferenz zustimmten und das Mandat zur Berufung des Kongresses von 1900 unter den vorgeschlagenen Bedingungen annahm, so ist das General-Komitee, als Erbe der Rechte und Verpflichtungen des Verständigungs-Komitees, das Organisations-Komitee des Internationalen Kongresses geworden und bringt die Fragen zur Kenntnis, welche die provisorische Tagesordnung des Kongresses bilden.

Es sind dies:

1. Ausführung der Beschlüsse des Kongresses, Untersuchung und Anwendung der praktischen Mittel zur internationalen Verständigung, Organisation und Aktion der Arbeiter und der Socialisten;
2. Internationale Arbeitergesetzgebung zur Begrenzung des Arbeitstags. Diskussion über die Möglichkeit eines Minimallohns in den verschiedenen Ländern;
3. Die zur Befreiung der Arbeit notwendigen Bedingungen: a) Konstituierung und Aktion der als Klassenpartei organisierten Proletariats; b) politische und ökonomische Expropriation der Bourgeoisie; c) Vergesellschaftung der Produktionsmittel;
4. Internationaler Friede, Militarismus, Abschaffung der stehenden Heere;
5. Kolonialpolitik;
6. Organisation der Seeleute;
7. Der Kampf um das allgemeine Stimmrecht und die direkte Gesetzgebung durch das Volk;
8. Gemeinde-Socialismus;
9. Die Eroberung der öffentlichen Gewalten und die Bündnisse mit bürgerlichen Parteien;
10. Der erste Mai;
11. Die Trüste.

Seit Vereinbarung der obigen Tagesordnung hat die socialistisch-revolutionäre Arbeiterpartei den Nationen folgendes Amendement vorgeschlagen, dessen Einfügung in die Tagesordnung von 6 Nationen unter 11 beschloßen worden ist:

„Macht die wachsende Konzentrierung der Kapitalien, die zunehmende ökonomische Unordnung, welche durch politische Mittel nicht abzuwenden ist, und die daraus hervorgehende Verschlechterung in der Lage der Arbeiter, nicht einen direkten Konflikt zwischen der Arbeit und dem Kapital unvermeidlich, welcher Konflikt die Gestalt des Generalstreiks annehmen muß?“

Genossen, Kameraden!

Wir laden Euch hiermit zu dem Internationalen Kongress nach Paris ein!

Ein späteres Circular wird Euch mitteilen, welche Dispositionen der Gesamte, in dem Gedanken der Verständigung und gemeinsamen Aktion einige französische Socialisten getroffen hat und trifft, um den Delegierten aller Länder die brüderlichste Gastfreundschaft zu gewähren und um, im Angesicht der Welt, den Erfolg, den Glanz und die Größe des fünften internationalen Parliaments der Arbeiterklasse und der socialistischen Partei zu sichern.

Wir bitten, die Antwort an den Sekretär des Generalkomitees der französischen Socialisten, den Bürger Louis Dubreuilh, 17 Rue Portefoin, Paris, zu richten.

Für die Coöperativ-Gesellschaft: Endriey.

Für die Konföderation der unabhängigen Socialisten: Oriand, Camélinat, J. Jaurès, Labusquière, Revelin, Viviani.

Für die autonomen Föderationen: Brunellière, Carnaud, Chalmardier, Fabrais, Marpaug, Poulain, Remiz.

Für die Föderation der socialistischen Arbeiter: Boutié, Despas, Patey.

Für die französische Arbeiterpartei: Chaubin, Compère-Morel, Constans, Delory, Dereure, G. Farjat, Fortin, J. Guesde, P. Lafargue, Millet, Pedron, Prevost, L. Roland, Roussel, Zevaes.

Für die socialistisch-revolutionäre Arbeiterpartei: J. Allemane, Varrat, Lenormand, A. Richard.

Für die socialistisch-revolutionäre Partei: J.-L. Breton, L. Dubreuilh, Ebers, Landrin, Létang, Sembat, Ed. Vaillant.

Für die Gewerkschaften: Chauchepiat, Moreau, Salembier, Sémanaz.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. April.

Nichts Gutes

Ist von dem am Dienstag wieder beginnenden Verhandlungen des Reichstags und des Abgeordnetenhauses zu erwarten. Dieser letzte Abschnitt der langen parlamentarischen Session wird über zahlreiche bedeutsame Fragen Entscheidung bringen, aber es handelt sich dabei nirgends um Abhilfe drängender Uebel, sondern nur, ob bestenfalls neue politische Gefährdungen und neue wirtschaftliche Schädigungen verhütet werden können.

Im Abgeordnetenhause soll ein ganzes Bündel von Reaktionsgesetzen fertig gemacht werden. Eine „Reform“ des Gemeindevahlrechts soll die schmachvolle Entziehung der unbemittelten Bürger in den Kommunen vereitigen. Durch harte und aussichtslose Zwangsberufungs-Bestimmungen soll die Hoffnung auf endliche vernünftige Behandlung der Schul- und Erziehungsfrage vollends gestiftet werden. Durch ein unsinniges Warenhaussteuer-Gesetz soll den Mittelstandtretern eine Gefälligkeit erwiesen werden. Das Kulturwerk der Kanalvorlage dagegen scheint wieder auf einen späteren Termin zurückgestellt zu sein; seine Aussichten im Junterparlament wären ebenso gering wie die Aussichten aller jener Reaktionsvorlagen vortreffliche sind.

Leider sieht es im Reichstag nicht viel besser aus. Von größeren Materien, die hier zur Erledigung kommen sollen, ist überhaupt nur eine, die möglicherweise eine sociale Förderung bedeuten kann: Die Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz. Aber nicht nur ist diese Novelle durch die Bemühungen der Berufsvereinigungen und der Agrarier vor einer einigermaßen den mindesten Forderungen der Arbeiter entsprechenden Ausgestaltung bewahrt geblieben, — es ist auch sehr zweifelhaft, ob das umfangreiche Gesetz überhaupt in dieser Session noch zu Ende geführt werden kann. Wenn die „Kreuz-Zeitung“ heute von einer socialdemokratischen Antündigung spricht, daß der Unfallversicherungsvorlage gegenüber obstruiert werden solle, so bezogen wir dem konservativen Organ, daß es von unsren Absichten mehr weiß als wir selbst. Wir werden uns bei diesem Gesetz wie bei allen andern Gesetzesberathungen das Recht nehmen, Verschlechterungen zu bekämpfen und Verbesserungen zu versuchen, — das ist selbstverständlich.

Das Schicksal des Fleischschau-Gesetzes ist nicht mit Gewißheit voraus zu sagen. Zwischen Agrariern und den Regierungs-Konservativen tobt der Zwist noch heftig fort. Die „Deutsche Tagesztg.“ veröffentlicht eine Zuschrift — die giftigsten Pfeile, die selbst abzulesen es zu seige, drückt das Agrarierblatt ihren Strohmannern in die Hand — die sich gleich scharf gegen die Regierung wie gegen die Herren v. Manteuffel und v. Mirbach richtet:

„Sie (die konservativen Parteiführer) scheinen sich aber auch immer der Illusion hinzugeben, daß heutzutage mit der Regierung irgend etwas Erpicliches für die Landwirtschaft zu erreichen ist, während bei der Landbevölkerung allgemein die entgegengesetzte Meinung vorwiegt, nämlich, daß alles gegen die Reichsregierung erstritten werden muß. Die deutsche Landwirtschaft erfährt seit Jahren täglich zur Genüge, wie mit ihr verfahren wird, sobald das Ausland dabei im Spiel ist. Fürst Bismarck war anderer Ansicht über diesen Punkt. Niemand kann der jetzige Zustand mehr bedauern werden, als von der landwirtschaftlichen Bevölkerung selbst; aber ausgesprochen muß es werden: das Vertrauen ist bis zum Nullpunkt gesunken; und daher erscheint jede Rücksichtigkeit und jede Zersplitterung innerhalb der landwirtschaftlich-freundlichen Parteien resp. der zu diesen gehörigen Abgeordneten als schwerer politischer Fehler, der sich bei der Erneuerung der Handelsverträge bitter rächen würde. Die geringen Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiete sind ausschließlich der kräftigen, zielbewußten Thätigkeit des Bundes der Landwirte zu danken, und deshalb ist es dringend zu wünschen, daß die Erklärung vom 20. März die Rücksicht und Grundlage abgibt für das Verhalten der agrarisch gesinnten Abgeordneten bei den kommenden Kämpfen um das Fleischschau-Gesetz.“

Der Hader der konservativ-agrarischen Brüder dürfte jedoch das Zustandekommen des Fleischschau-Gesetzes kaum verhindern. Durch Beseitigung einiger absolut aberwitziger Bestimmungen, die agrarischer Uebermut hineingesetzt hatte, wird sich wohl ein Kompromiß zwischen Regierung und einer Mehrheit aus Centrum und dem Gros der Konservativen und Nationalliberalen herausbilden. Das Fleischschau-Gesetz bleibt auch nach einigen Abstrichen von den Beschlüssen zweiter Lesung eine agrarische Liebesgabe ersten Ranges.

Dagegen darf erwartet werden, daß die lex Heinze entweder garnicht wieder im Reichstag erscheint, oder wenn sie erscheint, trotzdem Herr Röden den lieben Herrgott zur unmittelbaren Hilfeleistung herbeieilt hat, elendiglich zu Falle kommt. Es bleibt ein Dokument von unsrer Zeiten Schande, daß diese Mißthat am deutschen Geistes- und Kunstleben unternommen werden konnte. Gelingen darf sie nicht.

Endlich die Hauptaktion der Session: die Flottenvorlage. Wenn die Vorlage scheitern sollte, so gewiß nicht an der klaren Erkenntnis des Reichstags von der Verderblichkeit und Kulturschädlichkeit der weltpolitischen Flottenrüstung. Das Centrum läßt sich durch vorjorglich scheinendes Fragen von der Regierung die Auskunft geben, daß sie sich nicht blind in eine weltpolitische Ausdehnungspolitik stürzen wolle, um durch die That eben diese Politik, die allenthalben in fernem Meeren Punkte sucht, wo sie ein-

sehen kann, zu unterstützen und zu stets tollerem Unternehmungen zu ermutigen. Selbst in der Deckungsfrage befreit das Centrum nur ein Scheinmandat. Während es sich den Anschein gibt, als wolle es das Volk vor neuen Steuern bewahren, sucht es von der Regierung die Zusage einer Erhöhung der Getreibezüge zu erpressen.

So lebhaft die bevorstehenden parlamentarischen Kämpfe sich gestalten werden, es ist eine Weltbewegung in trübem, stagnierendem Sumpfwasser. Nirgend ein lebendiges Vorwärtsschreiten. Man möchte wünschen, daß dieses scheinbare Leben der parlamentarischen Unfruchtbarkeit durch das wirkliche Leben einer Reichstags-Auflösung, einer Volksbewegung abgelöst werden könnte.

Eine interessante Regierungskritik

entwirft die „Dresdener Zeitung“. Das Blatt führt den ziffermäßigen Beweis, daß die persönliche Einnahme Wilhelms II auf die Regierungsgeschäfte, so weit es sich um einen Gedanken- und Willensausdruck mit den verantwortlichen Ministern handelt, überschätzt wird. Es fiel der „Dresd. Ztg.“ auf, wie selten die Hofberichte von Vorträgen unserer verantwortlichen Staatsmänner zu melden haben, und es hat infolgedessen eine Statistik über die Regierungstätigkeit des Kaisers nach dieser Richtung für die letzten zwei Monate (20. Februar bis 20. April) aufgemacht, soweit der „Reichs-Anzeiger“ und sonstige zuverlässige Meldungen Anhaltspunkte darbieten.

Der in Betracht kommende Zeitraum umfaßt 60 Tage. Von diesen fand nur an 39 Tagen tatsächlich Vortrag statt, an 21 Tagen hörte der Kaiser keine Vorträge, weil er entweder auf Reisen war, oder Sonn- und Feiertage eine Unterbrechung bedingten. An jenen 39 Vortrags-Tagen nun hörte der Kaiser insgesamt 99 Vorträge. Von diesen gebührt der Löwenanteil dem Staatssekretär der Auswärtigen Angelegenheiten, Grafen v. Bälou, der insgesamt 19mal gehört wurde, wozu denn billigerweise noch drei Vorträge des Unterstaatssekretärs Freiherrn v. Rühlhosen zu rechnen wären, so daß sich in dieser Ziffer von 22 Vorträgen das außerordentlich lebhafteste Interesse unseres Kaisers an der Leitung unserer auswärtigen Politik deutlich genug bekundet. Die gesamte innere Politik dagegen, soweit ihre Leitung auf Grund von Vorträgen zum Ausdruck gelangt, kam zu Wort lediglich in 16 Vorträgen, die der Chef des Zivilkabinetts, Herr v. Lucanus, zu halten hatte, und in ganz vereinzelt Vorträgen anderer Staatssekretäre und Minister. In dieser ganzen Zeit von zwei Monaten hörte der Kaiser nicht einen einzigen Vortrag seines Reichskanzlers und Ministerpräsidenten, Fürsten v. Hohenhausen, der ja freilich selbst viel auf Reisen ist. Vorträge hielten ausschließlich die Herren Minister v. Hammerstein, v. Miquel und v. Rheinbaben je einmal, wozu dann noch zwei Vorträge des Ministers des Innern, Grafen v. Helldorf, und einer des Leiters der Reichspostverwaltung, von Bobbielli, und noch eine Audienz kommt, die dem Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats, von Barthhausen, gewährt wurde. Von preussischen Ministern empfing also der Kaiser, wenn man den Hofminister von Wedel ausrechnet, nur drei, und zwar jeden nur einmal, nämlich den Landwirtschaftsminister, den Finanzminister und den Minister des Innern. Man sieht daraus, daß der Kaiser mit seinem Ministerium ganz außerordentlich wenig in Verbindung kommt und er seine Minister, soweit sein persönlicher Verkehr in Betracht kommt, recht wenig kennt, daß vielmehr das Gebiet der inneren Politik für den Kaiser beherrscht wird durch die Vorträge, die er sich regelmäßig von dem Chef des Zivilkabinetts, Herrn v. Lucanus, halten läßt.

Einen um so breiteren Raum nehmen die militärischen Dinge in dem Arbeitsfeld des Kaisers ein. An der Spitze steht hier der Chef des Militärkabinetts, v. Hahnke, der 20mal gehört wurde, ihm folgt der Hauptquartierchef nach der Kriegsminister v. Soller, der 8mal zum Vortrag empfangen wurde, und dann der Chef unseres Generalstabs, Graf v. Schlieffen, mit 5 Vorträgen. Von anderen Militärs wurde noch der General der Kriegsinспекtion, von der Planig, zweimal und der Generalinspekteur des Ingenieurcorps, von der Goly, einmal empfangen. Weniger als man erwarten sollte, hat der Kaiser, der bekanntlich an unserer Marine ein ganz besonders reges Interesse nimmt, Vorträge aus diesem Ressort gehört. Es wurde empfangen der Chef des Marinekabinetts, Freiherr v. Soden-Dibran, neunmal, der Marine-Staatssekretär Tirpitz sechsmal und Vice-Admiral Diederichs viermal.

Aus diesen Zahlen läßt sich ein gut Teil unserer herrschenden Politik erklären. Sie beweisen die Wichtigkeit des Ausdrucks, den Herr v. Miquel gelegentlich seiner Reichstagsreden mit Wiederholung: Der Kaiser bedarf keiner Ratgeber!

Deutsches Reich.

Die Emser Depesche.

Es ist ein uralter Erfahrungssatz, daß die Erinnerung an ein Verbrechen die Urheber und Mitschuldigen desselben nicht ruhen läßt und sie mit dämonischer Gewalt zu Entschuldigungsversuchen zwingt, durch welche nur das Schuldbewußtsein verraten wird. Ein solches Verbrechen ist die Fälschung der Emser Depesche, die für jeden, der die Vorgänge kennt, als geschichtliche Tatsache feststeht. Einen neuen Reinigungsversuch unternimmt die Redaktion der „Berliner Neuesten Nachrichten“, indem sie schreibt:

Die Emser Depesche. Von der „Histoire du IVe siècle à nos jours“ von E. Lavisse und A. Rambaud ist kürzlich der erste und vorletzte Band erschienen, der den Zeitraum von 1848 bis 1870 umfaßt. Während man in der gewöhnlichen Publicistik kaum Franzosen findet, die im Stande sind, das zweite Kaiserreich kritisch zu beurteilen, ist hier das Urteil kühl, sachlich und scharf. Für uns ist besonders wichtig, wie die Abhandlung über den deutsch-französischen Krieg ausgefallen ist. Da ist zunächst die Geschichte der Emser Depesche. E. Denis schreibt:

Venedetti war also nicht beschimpft worden und er beklagte sich auch nicht, daß er beschimpft worden sei. Allein Bismarck hatte vom König eine Depesche erhalten, worin der Vorgang dargestellt war. Er veröffentlichte sie, und zwar nicht, wie man behauptet hat, indem er sie fälschte, sondern indem er sie abfälszte und ihr so eine genauere treffendere Form gab.

Wir dürfen, da wir im eigenen Lande Bismarckhörer haben, die, um die Geschichte zu fälschen, an der „Fälschung“ der Emser Depesche festhalten, von nun an auf das Zeugnis eines französischen Geschichtsschreibers hinweisen.

O hättest Du geschwiegen! Zum Unglück für den Verfasser dieser unglücklichen Notiz liegt die Originaldepesche vor, deren Vergleichung mit der Bismarckschen „Redaktion“ für jeden, der lesen und denken kann, die Fälschung sonnenklar beweist.

Aus der nächsten Tatsache, daß ein französischer Gegner des Kaiserreichs die Schuld Napoleons zu vergrößern bemüht ist, auf die Unschuld Bismarcks zu schließen, ist eine Logik, wie sie eben in den „Neuesten Nachrichten“ zu Hause ist.

Durch ein komisches Zusammenreffen wird gleichzeitig mit obiger Notiz in einem andern Blatt ein Brief veröffentlicht, den König Wilhelm I am 22. Juli 1870, also wenige Tage nach der Emser Audienz und nachdem die gefälschte Depesche ihre Wirkung gethan hatte, an den König von Sachsen schrieb. Es heißt da:

„Ja, wohin sind wir geraten? Ein Blitz aus hellestem Licht! und was für Gründe werden sogar in der offiziellen

Kriegserklärung aufgeführt!! Gründe, die kaum zu einer diplomatischen Entschuldigung hingedrängt werden, werden zur Kriegserklärung hingestellt. Man glaubt wirklich in einem Karrenhaufe zu sein!“

Diese Stelle ist außerordentlich interessant; sie beweist, daß der alte Wilhelm die raffinierte Politik Bismarcks gar nicht verstanden hat: Er hatte so friedlich mit Venedetti unterhandelt, alles hatte sich in schönster Harmonie aufgelöst, der Friede war gesichert — und nun plötzlich bricht der Krieg aus; der alte Wilhelm mußte sich allerdings wie in einem Karrenhaufe vorkommen. Der preussische König hatte eben noch nicht begriffen, daß Bismarck die verdammte Kriegskunst seines „königlichen Herrn“ durch die perfide Redaction der Emser Depesche überwunden hatte, indem er ihn vor eine zwar für den König unerklärliche, deshalb aber nicht minder wirksame, vollendete Thatsache stellte.

In seinen Memoiren hat ja Bismarck selbst mit unerhörtem Chynismus sich zu seiner That bekannt und hat damit zugleich eine Erklärung für das Karrenhausgefühl Wilhelm I gegeben. Herr Chamberlain braucht nicht stolz zu sein; gegenüber diesem Meister der Kriegsfabrikation ist er ein Stümper. Bismarck war sich bewußt, daß der Krieg nur auf Kosten unserer preussischen Ehre und des nationalen Vertrauens auf diese Weise vermieden werden könne“. Wilhelm I. hatte den Krieg zu vermeiden gesucht, darum „redigierte“ Bismarck die Depesche auf einen Friedenssignal in eine Kriegserklärung um. Und nach der Redaction erläuterte er den Wollte und Moon den Zweck der Fälschung: „Wenn ich diesen Text... telegraphisch an alle unsere Gesandtschaften mitteile, so wird er vor Mitternacht in Paris bekannt sein und dort nicht nur wegen des Inhalts, sondern auch wegen der Art der Verbreitung den Eindruck des roten Tuches auf den politischen Stier machen.“ So geschah es denn auch.

Wilhelm I., der nur die Wirkung sah, aber die Ursache, die Bismarcksche skrupellose Intrigue gegen die Absichten des Königs, nicht begriff, mußte in der That sich wie in einem Karrenhaufe vorkommen.

Auf den Bismarcksäulen, für die man jetzt sammelt, sollte man den Brief Wilhelms I. und den entsprechenden Abschnitt aus den Erinnerungen Bismarcks nebeneinander einmischen.

Die Flottenhäufung

drängen sich mit einer Unverfrorenheit auf, die einen Meisterschnorrer neidisch machen könnte. Weiß man ihnen die Thüre — macht nichts; sie kommen wieder.

Jetzt bestreift man die Gewerkschaften, ja sogar socialdemokratische Arbeitervereine mit den Inquisitionen der Regirung. So haben fast alle holländischen Gewerkschaften in den letzten Tagen eine Anzahl Druckdrachen zugesandt erhalten, um ihre Mitglieder mit den Zielen des Flottenvereins bekannt zu machen.

Da die Gewerkschaften keine Politik treiben dürfen — schon mit Rücksicht auf ihre weiblichen Mitglieder —, so macht sich nichtig der Flottenverein des Verbands schuldig, die Arbeiterorganisationen zu einem Verstoß gegen das Gesetz zu verleiten.

Die geäußert angeklagten Arbeiter laufen allerdings am allerwenigsten Gefahr, sich gerade zur Panzerflotten-Politik verführen zu lassen.

Fort mit dem Kanal! — Es wird jetzt abermals unnötigerweise beteuert, daß die Kanalvorlage in dieser Session nicht mehr den Landtag beschäftigen werde. Das widerspricht zwar der feierlichen Ankündigung Seiner Majestät beim Schluß der vorigen Landtagssession — daraus macht sich der alte Herr aber nichts. Dagegen wird die „Nordd. Allg. Ztg.“ wiederum kommen und den internationalen Willen der Regierung betonen, auf der Vorlage zu beharren.

Das geheime Wahlrecht nennt die „Konf. Korresp.“ „eine ähnliche Waffe, wie die des Vorkleppers“. Der „Millionen“-Anhang der Socialdemokratie würde sich recht bald ganz gewaltig reorganisieren, wenn jeder Wähler genötigt wäre, öffentlich seine politische Ueberzeugung zu bekunden.

Die freisinnigen Wahlrechtsgegner von Gotha haben sich die verständnisvolle Anerkennung der Juncker erworben.

Nebrigens seien die Konservativen daran erinnert, daß ihr Wahlverein in Berlin seinen Mitgliedern Geheimhaltung der Namen garantiert, weil diese Namenlisten allerdings die begriffliche Eigentümlichkeit haben, sich der öffentlichen Bekundung ihrer Ueberzeugung zu schämen. Die socialdemokratische Arbeiterpartei dagegen hat zu beweisen, daß sie keine Verfolgungen und keine Opfer scheut, um ihrer Ueberzeugung zum Siege zu verhelfen. Die Wahl soll frei sein — darum muß sie geheim sein. Für die Konservativen aber soll die Wahl zum Mittel politischer Erpressung werden.

Himmel hiß! Der Abg. Mören hat in einer Centrumsversammlung über die lex Heinze gesprochen. Er meinte bezüglich des Schicksals des Gesetzes, die Abstimmung werde wiederkommen, in dessen Folge er von den verbliebenen Regierungern nicht glauben, daß sie vor der Protestbewegung die Segel strecken werde. Wenn aber die Regierung zurückweiche, werde der Herrgott auf andern Wege eingreifen. Die Wahrheit könne weder durch wüste Protestbewegungen noch durch eine schwächliche Kapitulation der Regierung beiseite geschoben werden. Der Redner schloß: Wir haben das Vertrauen, daß unser Herrgott auch auf trunkenen Klauen gerade schreiben kann.

Gegen dieses Auskunftsstück des Herrn Mören haben wir nichts einzuwenden. So weit irdische Mächte in Betracht kommen, sind wir gern bereit, dafür zu sorgen, daß dem Himmel keine Konkurrenz gemacht werde.

Ein Summi-Artikel. In der bairischen Kammer hat der Kultusminister v. Landmann den § 184a der lex Heinze wie folgt begründet:

Wir der Möglichkeit von Mißgriffen kann man gegen das Gesetz nicht operieren, und was die Dehnbarkeit des § 184a betrifft, so muß ich sagen, je dehnbarer, desto besser das Gesetz von gewissen Standpunkten aus.

Die Paragraphen sind in der That so dehnbar, daß so ziemlich das ganze Unmurragez darin Platz hat. Für die Anhänger eines lauterer Rechts ist ein dehnbares Recht freilich schlimmer als Gesetzlosigkeit.

Die verhasste Wahrheit. Der Pastor Wagner in Briggelbe hat sich durch seine unredliche Feststellungen länderliche Unsitlichkeit den tiefsten Haß der Konservativen zugezogen. Die parteiartige „Konf. Korresp.“ bringt die folgende Dreifaltigkeit-Notiz:

Hr. W. ... in Pr. Auf Schimpfereien einzugehen, haben wir keinerlei Veranlassung. Sachliche Zurückweisung wird an anderer Stelle erfolgen.

Die „Konf. Korresp.“ verwehrt dem Pfarrer sogar die Aufnahme einer Rechtfertigung gegenüber ihren Angriffen, und die Feststellung der Wahrheit bezeichnet sie als Schimpferei. So geben die Konservativen mit kirchlichen Autoritäten um, wenn sie ihnen nicht zu Willen arbeiten.

Arzt und Staatsanwalt. Für die ärztlichen Ehrengerichte und den ärztlichen Ehrengerichtshof hat jetzt der Minister eine Geschäftsordnung erlassen, deren Bestimmungen im allgemeinen, namentlich in Bezug auf Beratung, Abstimmung und Geschäftsprache, dem Gerichts-Verfassungsgezet entsprechen. Lebhafte Widerspruch findet in ärztlichen Kreisen die Bestimmung, daß der Vorsitzende von jeder ehrenrührigen Bestrafung eines Arztes der über den Wohn- oder Aufenthaltsort desselben zuständigen Staatsanwaltschaft (bei Militärärzten dem Sanitätsamt) Mitteilung zu machen hat. Der Vorstand der Ärztekammer Berlin-Brandenburg hat bereits einstimmig beschlossen, gegen diese Bestimmung der Geschäftsordnung beim Minister vorstellig zu werden. Der Vorstand wünscht, daß über Klagen, Verweiss und Verwarnungen der Staatsanwaltschaft keine Meldung

zu erstatten ist. Wenn der Minister aber die Bestimmung aufrecht zu erhalten gedenkt, soll eine gerichtliche Entscheidung herbeigeführt werden, ob jener Punkt der Geschäftsordnung auf gesetzlicher Grundlage beruht und ob also eine wirkliche Verpflichtung des Vorsitzenden zu jenen Meldungen besteht.

Der in Lugnade gefasste Ober-Verdikt. Die „Alln. Volksztg.“ bringt eine salunante Notiz gegen den Ober-Verdikt der kaiserlichen Werft in Kiel, Kapitän z. S. v. Ahlefeld. Derselbe hat unlängst in einem Kreis von See-Offizieren und Beamten einen Vortrag gehalten, in dem er den kirchensänderischen Anspruch gethan hat:

„Katholische Arbeiter sind minder intelligent.“ Das Centrumsorgan greift dieser Aeußerung wegen Herrn v. Ahlefeld mit wahrer Vehemenz an. Es schreibt u. a.:

„Das ist ja eine niedliche Entdeckung des Ober-Verdiktors, über die sich die katholischen Arbeiter Weisfakens, Rheinlands usw. mit Recht sehr wundern werden. Ob der berechtete Herr sich die Mund- und Langlospheorie der „Bad. Landesztg.“ zu eigen gemacht hat? Ohne Beweis, im Lapidarstil, wie ein Axiom: Katholische Arbeiter sind minder intelligent! Sollte diese eigenartige Auffassung des Ober-Verdiktors seinen nachgeordneten Organen zur Norm werden, so könnten sich die Katholiken auf der Kaiserwerft „grammieren“; sie könnten ihr Leben lang Arbeiter bleiben, ein Emporkommen in höhere Stellen unterlag sie von selbst wegen ihrer Konfession, Pardon! — wegen ihrer niederen Intelligenz. Im Abgussatit und Willkürpaß könnte man ja als Konfessionisten gleich eintragen: „minder intelligent“. Wir werden bitter haben aber Grund dazu. Vor der Öffentlichkeit wird man sich hüten, solche Ansprüche zu thun; es ist nicht zweckmäßig, aber so in intimen Kreise, da Schaden es nicht und wird schon wirken. Uebrigens noch die Frage: Auf der Kaiserwerft befinden sich Katholiken in allen Stellungen, vom Vorarbeiter und Werksführer bis zum Meister und Obermeister; wie mögen sie wohl in ihre Stellung gekommen sein? Vielleicht begehrt ein Mitglied des Centrums im Reichstage bei Beratung der Flottenvorlage die Vorseit, anzufordern, ob eine Persönlichkeit, unter deren Leitung „minder intelligente“ Leute in verantwortliche Stellungen gelangen, überhaupt noch als Ober-Verdiktors der kaiserlichen Werft zu Kiel zu verwenden sei. Andererseits eröffnen sich für die Katholiken an der kaiserlichen Werft zu Kiel wahrhaft blendende Aussichten usw.“

Die „Alln. Volksztg.“ hätte nur noch empfehlen sollen, daß die Centrumsaktion nicht eher die Flotte bewilligt, bis Herr v. Ahlefeld revociert und die katholischen Arbeiter für mindestens ebenso intelligent erklärt hat, wie die protestantischen Konfession. Da die Debattefrage ja aus dem Weg geräumt ist, ließe sich vielleicht die Affaire Ahlefeld noch zu einem kleinen Aufhändel ausnützen.

Herr Ahlefeld selbst hat es wohl kaum darauf abgesehen gehabt, den katholischen Teil der Bevölkerung in ihren religiösen Gefühlen zu kränken. Er hat einfach seiner Erfahrung Ausdruck gegeben, die er mit den katholischen Werftarbeitern gemacht hat. Und wir glauben, daß das subjektive Urteil des Ober-Verdiktors sich in diesem Fall mit den objektiven Thatsachen deckt. Auf der Werft in Kiel sind auf der einen Seite meist qualifizierte Arbeiter aus den protestantischen Landesteilen beschäftigt, auf der anderen Seite meist unqualifizierte Arbeiter katholischer Konfession aus den östlichen Provinzen.

Es ist hierbei nicht un wesentlich, daß die protestantischen Arbeiter fast durchgängig die socialdemokratische Schule durchlaufen haben, während die katholischen Arbeiter sich politisch noch im Stande der Unschuld befinden. Daß da der Unterschied der Intelligenz ein geradezu auffallender sein muß, wird außerhalb des Centrums niemand aufstellen.

Um das Fortkommen der weniger intelligenten katholischen Arbeiter braucht die „Alln. Volksztg.“ aber jedenfalls nicht besorgt zu sein, denn auf der kaiserlichen Werft in Kiel wiegt schwerer noch als Intelligenz die gute Gesinnung, die ja mit der Intelligenz nichts zu thun hat.

Ein unangefährter Soldaten-Selbstmord.

Aus Worms wird uns geschrieben:

Am Ostermontag hat sich hier ein Soldat der 10. Compagnie des Infanterie-Regiments Nr. 118 erschossen. Die Blätter berichten, ist dies in der betreffenden Compagnie der dritte Selbstmord in kurzer Zeit. Dieser Umstand gab selbst den bürgerlichen Blättern Veranlassung, die Frage aufzuwerfen, ob es denn nicht möglich sei, die Ursache dieser traurigen Vorfälle zu ermitteln. Die „Ursache“ haben diese Organe bis jetzt noch nicht gefunden. Etwas mehr Licht in die merkwürdliche Ursache, die junge, lebenslustige Leute zum Selbstmord treibt, dürfte ein und im Original vorliegender Brief bringen, den der letzte der drei Selbstmörder am 5. März d. J. an seinen Bruder, der in Ludwigshafen in Arbeit steht, richtete und in dem es u. a. heißt:

„Ich hätte schon eher geschrieben, aber ich habe noch keine Zeit dazu. Ich bin bei ein Lieutenant Bursche schon 6. Woche und da hab' ich nichts schön. Morgens zum Dienst muß ich ein Treppen. Mittags hab ich als frei, der Lieutenant hat schon den dritte Bursche seit im November, der Erste hat sich bestrafen gelacht, daß er Abgelöst worden ist. Der Zweite hat sich erschossen. Und ich hoffe, daß mir nichts vorkommt bis jetzt bin ich noch nicht bestrast und will auch an den 200 Tagen nicht mehr bestrast werden. —“

So weit der Briefschreiber. Der Brief ist, wie gesagt, aus Worms, 5. März, datiert und am 15. April folgte der Briefschreiber dem Beispiel seines Vorgängers und erschoss sich ebenfalls. Ueber den Beweggrund, der ihn dazu trieb, seinem Leben ein vorzeitiges Ende zu bereiten, hat man nichts in Erfahrung bringen können. Aus dem Umstand, daß er unter Mitwirkung eines Geistlichen beerdigt wurde, kann man vielleicht entnehmen, daß die Leichenfeier eines Soldaten ergab. Für den Gräber, der gewohnt ist, den Dingen auf den Grund zu gehen, bietet aber der Umstand, daß sich innerhalb weniger Monate drei Soldaten dem Dienst bei einem und demselben Lieutenant auf die oben geschilderte Art zu entziehen suchten, Momente genug, die zum Nachdenken reizen. Vielleicht nimmt das Frankfurter Generalcomando Veranlassung, den Dingen, die den Selbstmorden zu Grunde liegen, auf die Spur zu kommen.

Wie uns übrigens nachträglich mitgeteilt wird, soll sich der zweite Bursche des Lieutenants noch am Leben und in Behandlung der Ärzte befinden. Vielleicht ist es möglich, wenigstens in diesem einen Fall Aufklärung zu erhalten über die Motive der That. Der am Ostermontag in den Tod Begangene soll von seinem Herrn, wie man sich hier erzählt, nach einer Fahrrad-Katerne ausgeführt worden sein. Es war ihm aber nicht möglich, eine solche zu erhalten, und soll er sich im Verfolg dieser Angelegenheit erschossen haben. Etwas Genaueres ließ sich aber nicht ermitteln. Vielleicht ist die vorgelegte Dienstesstelle in der Lage, näheres zu erfahren.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Aus Halle wird uns berichtet: Wegen Majestätsbeleidigung wurde von der Strafkammer der bisher unbestrafte circa 45-jährige Maurer Albert Ebelke aus Biebischofsfeld zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Als Demuziant war der Arbeiter Gröndler, ein vielfach vorbestrafter Mensch, aufgetreten. Gröndler wohnt mit dem Angeklagten in der Gosenstraße in einer Behausung, wo sie öfter zusammen verkehrten. Der Angeklagte soll versucht haben, den Gröndler zur Organisation zu bewegen, um dadurch in moralischer Beziehung beständig auf ihn einwirken zu können. Im November d. J. soll er in Gröndlers Wohnung gewesen sein, und in Beziehung auf die dort an der Wand hängenden Kaiserbilder, nach den Worten: „Na Du Patriot!“ eine abfällige Aeußerung gethan haben. Gröndler, der sich am nächsten Dienstag vor dem Schöffengericht wegen Hausfriedensbruchs zu verantworten hat, soll aus Ärger hierüber gegen den Angeklagten die Anzeige

wegen Majestätsbeleidigung erstattet haben. Die Verhandlung entzog sich der Öffentlichkeit und die Eheleute Gräber, sowie deren Tochter waren Zeugen. In der Urteilsbegründung hieß es, daß der Angeklagte wiederholt versucht habe, den Gräber von seiner Partei zu der des Angeklagten herüberzuziehen und daß hierbei die beleidigenden Worte gefallen wären.

Ausland. Frankreich.

Paris, 23. April. Bei der gestern im Departement Nieme stattgehabten Erziehungswahl zur Deputiertenkammer siegte der Kandidat Girardie mit einer Mehrheit von 700 Stimmen gegen den von der Vaterlandsliga aufgestellten Nationalisten Courjat. —

Afrika.

Zum Aufstand an der Goldküste. Accra, 21. April. Amlich wird bekannt gegeben, daß der erste Teil der Einsatztruppe vor Amlich eingetroffen ist; die dortige Lage habe sich demnach gebessert. —

Die Brotverkäufer als Retter der Republik. Remiremont, 21. April. Der frühere Ministerpräsident Maline hielt hier heute vor seinen Wählern eine Rede, in welcher er Waldeck-Rousseau adelte, weil dieser in seinem Ministerium dem Kollektivismus einen Platz eingeräumt habe. Das Endeziel der Politik des jetzigen Kabinetts sei, daß die Zustände sich in revolutionäre Bewegungen umwandeln, und daß der Nationalismus, d. h. der Caesarismus, geschaffen worden sei, welchen er (Maline) verwerfe. Es handle sich von jetzt an um einen Kampf zwischen der jacobinischen und der liberalen Republik, die allein im Stande sei, die Brüderlichkeit (1) als Grundlage der republikanischen Einrichtungen zu sichern. Maline fügt hinzu, daß die Gemeinderäte-Wahlen demnächst zeigen werden, daß das Land dem Liberalismus den Vorzug gebe. Redner richtet schließlich an alle aufrichtigen Freunde des Vaterlands die Aufforderung, sich im Interesse Frankreichs und der Republik zu vereinigen, denn die großen Nationen, die in der Welt mitzählen, seien alle einige Nationen und lassen den Parteigeist gegenüber den nationalen Interessen in den Hintergrund treten. Frankreich sei demselben Gesetze unterworfen und könne nur eine große Nation bleiben, wenn weiterhin bezüglich der Grundlagen des Staats Einigkeit herrsche. —

Asien.

Ueber die Lage der Christen in Siam berichtet nach dem „Ostasiat. Lloyd“ die „Kön. Volks-Ztg.“ Die Zustände sind noch tieftraurig. Die Mörder der ersten Opfer der christenfeindlichen Unruhen seien schon fast vergessen und noch immer gingen die Mörder frei umher, so sie drohten geradeweg mit ihren Taten. Das konnte geradezu daher, daß hohe Beamte mit der christenfeindlichen Seite unter einer Decke steckten:

„Unschuldige sind im Kerker umgelassen; die wahren Mörder läßt man frei weiter schalten, als brauche man noch ihre Dienste. Wenn man außerhalb des Landes wohnt, wie elend dieser Prozeß bisher geführt worden, man würde über eine solche Justiz empört sein. Die ersten Anführer der Rebellen im Westen waren die Mordanschläger der Missionare. Ueber dieses Thema wäre noch manches zu berichten. Doch was nützt es. Die chinesische Regierung hat schon oft versucht, alle Thatfachen wegzuleugnen, und sie wird es auch weiter thun.“

Kam, das Centrum wird ja die Flottenverleugung bewilligen und dadurch der asiatischen Eroberungspolitik einen neuen Aufstoß verleihen. Freilich: auch wenn ganz Siam von Deutschland annektiert wäre, so würden in den übrigen Provinzen von China noch immer Christenverfolgungen möglich sein, ja sie würden gerade durch die Annektionspolitik der Mächte um so fanatischer ausbrechen. Dann — mühte eben weiter annektiert werden! —

Amerika.

Der Bürgerkrieg in Columbia. (Meldung des „New Yorker Bureau.“) Eine Depesche aus Kingston (Jamaica) besagt: Nachrichten zufolge, die aus Columbia eingetroffen sind, ist Vocab del Toro im Besitz der Aufständischen. Colon ist ernstlich bedroht. Gerüchte zufolge verläutet, daß die Aufständischen Barranquilla eingenommen haben. —

Neunte Konferenz der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen.

Im Architektenhaus zu Berlin trat am Montag die Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen zu ihrer neunten Konferenz zusammen. Den Vorsitz führte Geheimrat Dr. Post. Das zur Erörterung gestellte Thema: „Die Erziehung des Volks auf den Gebieten der Kunst und Wissenschaft“ hatte etwa 200 Zuhörer und Zuhörerinnen der verschiedensten Gesellschaftsklassen und der verschiedensten politischen Parteien herbeigelockt. Man bemerkte unter anderen den Dichter des „Laloman“, Ludwig Fulda, den früheren Kultusminister Dr. Voße, als Vertreter des Berliner Stadtschulraths für innere Mission, Stadtrat Dr. Jastrow, Charlottenburg, Professor Werner Sombart, Dr. Konrad Schmidt, den Direktor des Schiller-Theaters Dr. Löwenfeld, Professor Schmoller, Frau Hanna Wiewer-Böhm, Frau Minna Cauer. Auch die neuangestellte Assistentin bei der Gewerbe-Inspektion, Fräulein Reichert, hatte ihre Mitgliedschaft angenommen.

Das allgemeine Referat erstattete Professor Dr. Raatz. Warburg. Redner wies einleitend darauf hin, daß andre Länder, insbesondere England, uns in Bezug auf die Bestrebungen zur Erziehung des Volks auf den Gebieten der Kunst und Wissenschaft mit gutem Beispiel vorangegangen seien. Aber das Bestreben der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen sei keineswegs eine bloße Nachahmung der englisch-amerikanischen „University-Extension“, d. h. der Ausdehnung des Universitätsunterrichts auf die weitesten Kreise des Volks. Man habe vielmehr die große Verschiedenheit der Bedingungen bei uns und in England zu berücksichtigen gesucht. Wichtigster seien bei uns die Verhältnisse infolge der Vorbildung durch die allgemeine Volksschule eine tiefere sei und sich auf alle Kreise des Volks gleichmäßig erstreckte; so daß alle auch die gleichfalls tiefere sowie stärker und gleichmäßiger verbreitete höhere, insbesondere akademische Bildung als ein begünstigendes Moment ins Gewicht. Auf der andern Seite wiederum begegnen wir Schwierigkeiten, die in unserer politischen Lage nach außen und nach innen begründet sind. Bedrohlich für ein auf die Einheit der nationalen Bildung gerichtetes Bestreben erschien vor allem die innere Zerklüftung der wirtschaftlichen, politischen und religiösen Parteien. Man läßt im allgemeinen die Lehre und ihre Wissenschaft unbehelligt, so lange sie in den vier Wänden des Hörsaals verbleibt; sobald aber das Wort, daß Wissen Macht bedeutet, sich in größerem Maßstabe zu behaupten beginnt, in dem es in die Massen sich auszubreiten strebt, dann muß wohl solche Freiheit der Lehre allen denen bedrohlich erscheinen, die irgend eine Macht auf die Massen, auf Grundlagen, die die Probe der Wissenschaft nicht aushalten, bis dahin zu haben gewohnt waren. Das Streben nach Verbreitung von Volksschulbildung muß durchaus parteilos sein. Im letzten Grunde ist es ein geistiges Dasein, was das Empordringen der untern Volksschichten im Sinne hat. Und wenn über dem zunächst näher scheinenden Kampf um eine bessere wirtschaftliche Lage und um politische Rechte das oft sehr in den Hintergrund tritt, so hätte der wirtschaftliche, der politische Kampf selbst von Anfang an nicht aufgenommen werden können, noch wird er je zu einem erträglichen Ende geführt werden ohne eine geistige Ausrüstung, die nicht auf wenige Führende beschränkt bleiben kann, sondern an der ein vollkommener Anteil jedem Mitwirkenden verschafft werden muß. Eine Wendung zum Besseren ist in dieser Hinsicht schon jetzt bemerkbar, mit voller Sicherheit aber für eine nicht ferne Zukunft zu erwarten.

Ein anderer Widerstand, der dem Streben nach Verbreitung von Volksschulbildung entgegentritt, ist der Widerstand der Trägheit, d. h. die mangelnde Entwicklung persönlicher Initiative, freier Verantwortlichkeit, unbefehlener Leistungen überhaupt. Bei uns ist die freie Verantwortlichkeit weit weniger entwickelt als in England und Amerika. Offenbar ist ein gewisser Kastengeist im Spiel, wenn man es so darstellt, als könne die Beteiligung des Volks an der Bildung unserer Universitäten Abbruch thun. Diefem Vorurteil, dem wir gerade bei den Universitätslehrern begegnen, müssen wir auf das entschiedenste entgegenreten. Es ist ferner gesagt, daß die Gründlichkeit darunter leidet, wenn die Gelehrten zum Volk herabsteigen. Auch diese Befürchtung ist hinfällig; wir wollen gründliche Bildung, nicht aber Anhäufung und unbenutzter Kenntnisse; es soll sich etwas im Menschen bilden und formen und zu einem eigentümlichen Ganzen sich zu gestalten streben, in der Absicht, dem Einzelnen einen für sich wertvollen geistigen Gehalt zu geben. Unser Krieg gilt gerade der gefährlichen Halbgebildung. Deshalb wollen wir keine vereinzelten Anregungen, sondern Anleitung zu geregelter Fortarbeiten geben, wir wollen den Blick erschließen für die Gleichmäßigkeiten in Natur und Menschenleben, in dem Wollen der Erkenntnis, der Sitte und der Kunst; es muß der Sinn sich öffnen für die Frage nach den Gründen und nach den Gründen der Gründe. Kurze, die darauf beruht und planvoll hingelenkt, würden zugleich das Gute haben, daß sie dauernd nur solche anziehen, die ein echtes Verlangen nach Bildung haben. Redner verbreitete sich dann weiter über die Gegenstände und die Reichweite des Unterrichts und warnt vor der Gefahr eines schädlichen Dilettantismus und des noch schädlicheren Parteieinflusses. Das beste Mittel, dieser Gefahr vorzubeugen, besteht darin, daß die Vertreter der Wissenschaft und der Kunst so viel als möglich selbst die Aufgabe der höheren Volksschulbildung in die Hand nehmen. Nur so wird der Grund gelegt zu innerer Befriedigung aller Teilnehmer und zum Segen des arbeitenden Volks, das hoffentlich noch das Vertrauen hat, daß wir, wenn wir Wissenschaft lehren, keine Parteibestrebungen verfolgen. (Beifall.)

Professor Dr. Fuchs-Freiburg sprach sodann über volkstümliche Volksschulbildung. Redner lieferte eine objektive Zusammenfassung des Materials über die bisher auf dem Gebiet der Volks-Hochschulbewegung in Deutschland geschehenen Schritte und sagte seine Ansicht dahin zusammen: Wenn es richtig sei, daß in dem Unterrichts- und Bildungsgebiet eine gleich starke Gefahr liege wie in dem Unterrichts- und Bildungsgebiet für die Einseitigkeit und geschlossene Kraft unseres Volkslebens, so sei es gewiß freudig zu begrüßen, wenn zu den Bestrebungen, die in jenen Gebieten im Werk zu mildern, nun auch Bestrebungen hervortreten, die auf Beseitigung der scharfen Unterschiede in Sachen der Bildung gerichtet sind.

Ueber volkstümliche Führungen durch Kunstsammlungen referierte Professor Dr. Plate-Verein. Die naturhistorischen Museen dienen zur Zeit fast ausschließlich der Wissenschaft und dem Bildungsbedürfnis der oberen Stände. Diese hohe Aufgabe sollen sie nach wie vor in immer steigendem Maße erfüllen, aber daneben auch mehr wie bisher herangezogen werden, um gesunde naturwissenschaftliche Kenntnisse in die unteren Schichten der Bevölkerung zu tragen. Der Wettbewerb der Kulturinstitutionen werde von Jahr zu Jahr stärker und rücksichtsloser; in diesem erbitterten Kampfe werden sich nur diejenigen erfolgreich behaupten, deren untere Volksschichten physisch und intellektuell am leistungsfähigsten seien. Sorge man deshalb bei der Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse, denn sie bilden die ausschließliche Grundlage für eine naturgemäße Lebensführung. (Beifall.)

Prof. Dr. Lichtwark-Hamburg verbreitete sich über volkstümliche Führungen durch Kunstsammlungen. Er habe nur wenige Erfahrungen auf diesem Gebiete und nur ein einziges Mal vor einem anfänglichsten Arbeiterpublikum eine Vorlesung gehalten, aber ihn habe dabei ein Gefühl des Glücks beschlichen, denn er habe kaum jemals ein so aufmerksames Publikum gefunden. (Beifall.)

Ueber volkstümliche Theateraufführungen sprach an Stelle des in Aussicht genommenen Referenten v. Gort-Gotha, Herr Dr. v. Erdberg-Verein. Er erwiderte in den volkstümlichen Vorstellungen keine Frage der Volkserhaltung, sondern der Volkserziehung. Thatsächlich sei die Volkserziehung auf diesem Gebiete ein Bedürfnis. Würden heute alle Theater unentgeltlich Eintritt gewähren, so würden, sobald der Reiz der Neuheit vorbei sei, das Residenz-Theater, der Wintergarten und ähnliche Etablissements am stärksten besucht werden. (Widerspruch.) Die Frage sei nicht: Liegt hier ein Bedürfnis vor, sondern sind wir in der Lage, das Bedürfnis des Volks nach Unterhaltung durch dramatische Kunst zu veredeln? Dazu sei es nötig, das Volk zu erziehen. Leider seien die Künstler nicht derselben Ansicht. Die Theateraufführungen müßten bildend und unterhaltend sein. Empfohlen würden sich Stücke wie Lessings „Mina von Barnhelm“, Goethes „Götz von Berlichingen“, Schillers „Wilhelm Tell“. Auch die gute Volkspoesie müsse wieder gepflegt werden. Gute Sonderaufführungen zu billigen Preisen seien anzustreben.

Endlich referierte Prof. Sturmpf-Verein über volkstümliche Musikaufführungen. Das Bedürfnis des Volks nach geistigen Genüssen sei sehr im Steigen begriffen. Die klassischen Musikaufführungen in der Singakademie in Berlin werden von vielen Arbeitern und Arbeiterinnen besucht. Wenn bei den Arbeitern die Begierde, einen weltbesehenden Virtuosen zu hören, eine Rolle spielt, so wendet sie doch auch in dem Bedürfnis, aus der eintönigen Schwere des Alltagslebens herausgehoben, teilzunehmen an den höheren Lebensgütern der Kultur, in dem Bewußtsein, die allgemeinen menschlichen Anlagen dafür zu besitzen und in dem Wunsch, diese Fähigkeiten zu höheren Genüssen nun auch einmal an den vollendeten Darbietungen der Kunst zu erproben. Der Redner befürwortete die Veranstaltung von guten Volkskonzerten gegen mäßige Eintrittspreise. Unternehmern dieser Aufführungen müßten die Arbeiter selbst sein. (Beifall.)

Zu der Diskussion, die sich an diese Referate angeschlossen, betonte zunächst Stadtverordneter Schriftfeyer Willi-Karlstadt die Notwendigkeit, daß die Behörden sich den Bildungsbestrebungen der Arbeiter nicht feindlich gegenüberstellen. Fürzer Licentiat Weber-M-Gladbach erwiderte, alle wissenschaftlichen, politischen und religiösen Streitfragen von volkstümlichen Kurzen fernzuhalten.

Siedersleben-Kassel erklärte sich mit den Ausführungen der Referenten im großen und ganzen einverstanden, wolle man aber die nicht zu leugnende geistige Trägheit der Arbeiter bekämpfen, dann sei es notwendig, die wirtschaftlichen Existenzbedingungen der Arbeiter zu bessern. Erst dann werde es den Arbeitern möglich sein, an Kunst und Wissenschaft vollen Anteil zu nehmen.

Musikdirektor Mengewein-Verein hob anerkennend das lebhafteste Interesse hervor, das die Arbeiter den Musikaufführungen entgegenbrachten. Geh.-Rat Dr. Köfcher-Dresden warnt davor, in volkstümlichen Kurzen wissenschaftliche Hypothesen zu erörtern. Es dürfe an den einzelnen Gebieten nur das gebracht werden, was als feststehendes Resultat wissenschaftlicher Forschung oder praktischer Erfahrung anzusehen sei. Dann würden die Hochschulkurse lehrreich wirken.

Professor Dr. Gruber-Wien berichtet auf Grund eigener Erfahrungen, daß keine Gefahr bestehe, daß durch die Abhaltung volkstümlicher Kurse das wissenschaftliche Niveau der Universitätslehrer herabgedrückt werde. Im Gegenteil, solche Vorträge üben auf die Dozenten einen wohlthätigen Einfluß aus. Unsere akademischen Zuhörer seien vielfach blasiert, und diese Teilnahmlosigkeit mache sich an dem Dozenten unangenehm bemerkbar. Es sei für die Dozenten sehr angenehm, ein Publikum vor sich zu haben, das wirklich an den Lippen des Lehrers hängt und begierig ist, alles, was ihm geboten wird, in sich aufzunehmen. Die Gefahr der Halbgebildung bestehe nicht, denn gerade durch die Vorträge werde das Bildungsbedürfnis der Arbeiter immer mehr geweckt. Erfreulich sei der Eifer der Arbeiter in der Benutzung der Bibliotheken. In Wien seien im letzten Jahr 2 Millionen Bücher verliehen, darunter 800 000 wissenschaftlichen Charakters. Als ein Fortschritt sei es zu bezeichnen, daß das Unterrichtsministerium in Oesterreich die Hochschulkurse unter-

Stadtverordneten-Vorsteher Fulda-Mannheim hat die Erfahrung gemacht, daß bei den Arbeitern ein außerordentlich starker Bildungsdrang vorhanden sei. Er sei geradezu entsetzt davon, mit welcher Aufmerksamkeit sie den Vorträgen folgten. Ein Bourgeois-Publikum sei weit weniger anhängig. Dies Bildungsbedürfnis zu befriedigen, sei eine wichtige Aufgabe.

Geh.-Rat Engler-Karlsruhe erwidert Herrn Dr. Köfcher, daß man in naturwissenschaftlichen Vorträgen die Hypothesen gar nicht entbehren könne.

Dr. med. Wegner-Berlin weist auf die von der Central-Kommission der Krankenkassen Berlins veranstalteten hygienischen Vortragskurse hin. Der Erfolg sei ein guter, die Beteiligung der Arbeiter eine rege. Die Arbeiter folgten den Vorträgen mit gespanntester Aufmerksamkeit.

Dr. Reich-Wien bezeichnet es als einen Irrtum, von der geistigen Trägheit der Massen zu sprechen. In Oesterreich treffe das nicht zu, er sei der Ueberzeugung, auch in Deutschland nicht. Das Wort „Erziehung“ sei auf erwachsene Personen nicht anzuwenden.

Dr. Löwenfeld-Berlin, Direktor des Schiller-Theaters, hält es ebenfalls für richtiger, statt von „Erziehung“ von „Teilnahme“ des Volks an Kunst und Wissenschaft zu sprechen. Es sei eine sociale Pflicht, die edlen Genüsse, die den besser Situierten leichter zugänglich sind, auch der weiten Masse des Volks zu verschaffen. In Berlin strebe z. B. die „Freie Volksschule“ dies Ziel an. Er habe zwar das Programm und den Spielplan dieses Vereins im ersten Jahre nicht völlig gebilligt, heute aber sei der Spielplan ein ganz ausgezeichneter. In Berliner Arbeiterkreisen sei ein großes Verständnis für gute Theateraufführungen vorhanden. Es sei auch nicht richtig, daß die Künstler das Volk gering schätzen; nach seinen Erfahrungen sei gerade das Gegenteil der Fall. Daß die Aufnahme-fähigkeit des Arbeiters, ebenso wie die jedes andern Menschen an einem arbeitsfreien Tag besser sei als an einem arbeitsreichen, sei selbstverständlich, aber auch die Aufnahme-fähigkeit sei eine Eigenschaft, die mit der Praxis wachse. Die ganze Frage der Volksschulbildung sei eine wirtschaftliche. Wenn der Referent meine, falls alle Theater unentgeltlich geöffnet seien, würde der „Wintergarten“ und das „Residenz-Theater“ am meisten frequentiert, so treffe das nicht zu. Die Erfahrung beweise genau das Gegenteil. Die besuchtesten Vorstellungen seien „Wilhelm Tell“ und die „Jungfrau von Orléans“. Es empfehle sich gute Aufführungen mit kleinen Preisen an freien Tagen und nicht in später Abendstunde. Das Theater müsse anhören, ein Gegenstand der Spekulation zu sein. Es müsse aufhören, daß der Theater-Direktor ein Gewerbetreibender sei. Der Theaterdirektor müsse frei von allen Sorgen sein, das Theater müsse vom Staate oder der Stadt unterhalten werden, erst dann werde es seiner Aufgabe in vollem Maße gerecht werden können. (Lebhafte Beifall.)

Nach weiterer Debatte, in der u. a. der Direktor im Kunstgewerbe-Museum Dr. Jessen die Errichtung von Hörsälen in dem Kunstgewerbe-Museum empfahl und Seminar-Direktor Dr. Papp-Karlsruhe auf den Nutzen der Schülerverhältnisse als Erziehungsmittel der Jugend zur Kunst hinwies, wurde die Beratung geschlossen.

Achte Generalversammlung des Verbands deutscher Schuhmacher.

Magdeburg, den 20. April.

Vierter Verhandlungstag.
Von den gestrigen Verhandlungen ist noch nachzutragen, daß in einer Abend Sitzung noch der Vorstand gewählt wurde. Er besteht aus Simon (1. Vorsitzender), Siebert (2. Vorsitzender), Neuh (Kassierer) und Kuhnast (Sekretär). Der Sitz des Vereins bleibt in Nürnberg; das Fachblatt wird weiter in Gotha unter der Redaktion von Wod erscheinen. Der Ausschuß kommt nach Weitzenfels. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wird Weise gewählt.

Heute wird zunächst die Statutenberatung vorgenommen. Ein Antrag, den Vortrag für männliche und für weibliche Mitglieder um 15 Pf. zu erhöhen, wird abgelehnt. Dagegen soll die Abstimmung über die Arbeitslosen- und Erwerbsunfähigkeits-Versicherung verbunden werden mit der Abstimmung über eine Beitragserhöhung auf 30 Pf. für männliche und 15 Pf. für weibliche Mitglieder.

Bei der Diskussion der zum Fachblatt vorliegenden Anträge wird die Berichterstattung über den Tullinger Streit zur Sprache gebracht und Klage darüber geführt, daß ihm von einigen Parteimitgliedern, u. a. vom „Vorwärts“ nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Von einigen Rednern wird darauf hingewiesen, daß dieses jedenfalls ein ungeliebter Bericht über den Streitenden liege, während sowohl diese, als auch der Vorstand behaupten, für genügende Berichterstattung Sorge getragen zu haben.

Das Verhältnis zur Generalversammlung bleibt wie bisher bestehen. Mit der Pensionierung der Beamten erklärt sich die Generalversammlung im Prinzip einverstanden und ermächtigt den Vorstand, sich den von der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands zur Regelung dieser Frage zu erwartenden Vorschlägen anzuschließen.

Eine lebhafteste Diskussion entpinnst sich noch einmal über das Unterfütterungswesen, vornehmlich über die bei Siedersleben zu gewöhnende Unterfütterung. Sie endet mit der Annahme eines Antrags, der die bisherigen Bestimmungen klar formuliert und die bisherigen Unterfütterungssätze von 20, 35, 50, 60 Mark je nach der Dauer der Mitgliedschaft für männliche, weibliche Mitglieder die Hälfte, bestanden läßt. Neu eingeführt wird die Bestimmung, daß für Mitglieder, welche länger als 20 Jahre dem Verein angehört, 50 M. Siedersleben bezahlt wird. (Mittagspause.)

Nachmittags-Sitzung.
In der Nachmittags-Sitzung wird die Beratung der Anträge fortgesetzt. Die meisten von Annahme gelangter Anträge haben kein Allgemeininteresse. Erwähnung verdient ein Antrag, welcher den Vorstand des Vereins deutscher Schuhmacher beauftragt, die Reichskommission für Arbeiterstatistik zu ersuchen, Erhebungen über die Lage der im Schuhmachergewerbe beschäftigten Personen anzustellen. Hierüber wurde der Vorschlag über die Firma Tack & Co. aufgehoben.

Dann erfolgte der Schluß der Generalversammlung.

Partei-Nachrichten.

Die Erziehungswahlen in Nürnberg. Am Sonntag trat die socialdemokratische Partei in Nürnberg mit einer großen, von Tausenden besuchten Volksversammlung in die Bewegung für die bevorstehenden Erziehungswahlen ein. Nach einem Referat des Genossen Segel über die parlamentarische Lage billigte die Versammlung die Aufforderung der Genossen Dr. Südekum für den Reichstag und Dr. v. Haller für den Landtag. Der einstimmig gefaßte Beschluß rief großen Jubel hervor.

Zur Parteiorganisation. Die Parteigenossen in Wülheim (Ruhr) beschloßen in der letzten Versammlung, das Vertrauensmänner-system aufzuheben und sämtliche Parteigeschäfte dem Socialdemokratischen Verein zur Erledigung zu überweisen.

Ihr zehnjähriges Bestehen feierte dieser Tage die „Mannheimer Volksstimme“ durch Herausgabe einer Jubiläumssnummer. Am 23. April 1890 erschien die erste Probenummer der „Volksstimme“, deren Kopf in der Jubiläumssnummer nachgebildet ist. Die Geburtsstunde des Blattes fällt in jene Zeit, da das Ausnahmegeretz schon überwunden von der unbeständigen Socialdemokratie am Boden lag. Das Socialistengesetz befand nur noch der Form nach. Allerorts erstanden Arbeiterorgane, so daß auf dem Parteitage in Halle sich sogar warnende Stimmen gegen das „Zeitungsgesetz-Gründungsgebet“ erhoben. Auch die Mannheimer Genossen schufen sich ein Organ: die „Volksstimme“. Die in einer

*) Wir haben von allen uns eingehenden Zuschriften Notiz genommen, auch soust zum Abdruck gebracht, was sich in andern Blättern Wesentliches über den Streit vorfindet. R. d. V.

Anlage von 20 000 Exemplaren hergestellte Probenummer wurde mit größter Begeisterung von der Bevölkerung Mannheims und der Pfalz begrüßt und in wenigen Tagen hatte die „Vollstimme“ über 4000 Abonnenten. So schnell stieg die Auflage, daß bereits am 7. März 1891 die erste auf der Rotationsmaschine hergestellte Nummer erscheinen konnte. So große Sympathien die Bevölkerung dem Unternehmen entgegenbrachte, so wenig lagte auf der anderen Seite der Staatsanwalt mit Beweis seiner Antipathie. Die verschiedenen Redactoren, die dem Blatt im Lauf der Jahre vorstanden, trugen eine ganze Anzahl teilweise sogar recht harter Bestrafungen davon, und die Zahl der Geldstrafen läßt sich nicht einmal genau mehr feststellen, so viele sind ihrer! Viel Stürme, viel innere Veränderungen hat die „Vollstimme“ in den 10 Jahren ihres Bestehens durchgemacht. Aber nichts hat ihr etwas anzuhaben vermocht. Die Stürme haben sie gekräftigt, widerstandsfähig gemacht, wie der Sturm die junge Eiche kräftigt und der innere Wechsel hat ihr zwar neues, aber kein schlechtes Blut zugeführt. Die „Vollstimme“ ist die unerschrockene Vertreterin des Volks, der Arbeiterinteressen geblieben. Von Jahr zu Jahr stieg die Zahl ihrer Leser und von Jahr zu Jahr wuchs ihr Ansehen. Möge es unserm Vorkämpfer vergodt sein, am nächsten Jubiläumstage auf neue Siege, auf gleiche Erfolge zurückzublicken.

Partei-Preffe. Unser Essener Parteiorgan, der „Bedruf“, welches vor zwei Jahren als Wahlzeitung gegründet, dann aber auf Wunsch der Genossen als Parteizeitung beibehalten wurde, hat bis heute erfreuliche Fortschritte gemacht. Juerst gelangte der „Bedruf“ alle vierzehn Tage zur Ausgabe, dann wöchentlich einmal, vom 1. April bis 1. Juli v. J. dreimal wöchentlich, von da ab täglich. Diese Entwicklung hat das Blatt durchgemacht, ohne irgend welche Unterstufungen auszuscheiden derjenigen der Genossen am Ort. Bis her sind familiäre Geschäfte (Redaktion und Expedition) von einem einzigen Angestellten besorgt worden, vom 1. Mai ab wird aber die Expedition einem besonderen Beamten erhalten.

Dem Leidenbegangnis des Genossen Vahler schlossen sich, so wird aus Stuttgart berichtet, die Parteigenossen aus Stadt und Land in großer Anzahl an. Vom Trauerhaus in Gieslach, vor welchem der Gesangverein „Kassalla“ das vom Verstorbenen gewünschte Lied „Das stille Thal“ sang, ging der Zug durch die Wöblinger- und Tübingenstraße, König- und Kronprinzstraße, Friedrichstraße nach dem Güterbahnhof. In der Nahe des Güterbahnhofs fand eine eindrucksvolle Trauerfeier statt. Nachdem der oben bezeichnete Gesangverein noch einige Gesangsstücke vorgetragen, widmeten die Genossen Herrmann, Fischer und Keil dem Verstorbenen warme Nachrufe. Sodann wurde die Leiche nach Heidelberg überführt, um dort eingeseigt zu werden. Der Verbrennung wohnten die Abgg. Diez und Blos, sowie eine Anzahl anderer Genossen aus Stuttgart und anderen Orten an. Gen. Diez hielt eine kurze, warmempfundene Gedächtnisrede.

Der Genosse Morawski, Herausgeber der „Gazeta Robotnicza“, sendet uns folgende Erklärung zu:
In dem Bericht des „Vorwärts“ Nr. 90 über die Generalversammlung des deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbands, behauptet ein Herr Schürholt aus Bochum, daß die „Gazeta Robotnicza“ gegen den Berg- und Hüttenarbeiter-Verband in Oberschlesien arbeite, weil dies eine deutsche Organisation sei. Demgegenüber erwidere ich: Die „Gazeta Robotnicza“ und ihre Freunde haben die politische, sowie die gewerkschaftliche Bewegung unter den Bergarbeitern in Oberschlesien ins Leben gerufen, sie bestritten und fördert die beiden Organisationen nach Kräften und ununterbrochen, und von einer Gegenarbeit gegen den Bergarbeiter-Verband, weil derselbe deutsch sei, ist in der „Gazeta Robotnicza“ noch nie ein Wort gesagt worden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung! An die Gewerkschaften Berlins!

Auf der am Freitag, den 20. April, stattgefundenen Versammlung der Berliner Gewerkschaftskommission stand auf Antrag der Berliner Schuhmacher die Aussperrung der 2000 Tüttlinger Schuhmacher auf der Tagesordnung. Durch den Umstand, daß einige Vertreter der Berliner Schuhmacher im Laufe der vergangenen Woche auf der Generalversammlung zu Magdeburg verweilten, ist die Einladung zu der Versammlung der Gewerkschaftskommission leider nicht rechtzeitig an die richtige Adresse gelangt. Es war also nicht die Folge einer Nachlässigkeit seitens der Vertreter der Schuhmacher, wenn sie in der bezeichneten Versammlung nicht anwesend waren. Leider mußte nun der Bericht über den Tüttlinger Streik verlegt werden. Damit untreu streikenden Tüttlinger Kollegen unter dem bedauerlichen Umstand nicht zu leiden haben, ersuchen wir die Berliner Gewerkschaften, die Tüttlinger inzwischen nach Kräften zu unterstützen. Der Kampf dauert nunmehr bereits die siebente Woche. Trozdem die Fabrikanten bereits mehrermale ihre Fabriken geöffnet haben, um den Arbeitswilligen Gelegenheit zu geben, in dieselben zurückzukehren, hat sich niemand dazu gefunden und sehen die Ausgesperrten noch genau so fest, wie am Anfang des Kampfs. Dem Verein deutscher Schuhmacher war es bisher möglich gewesen, die Aussperrten materiell zu unterstützen, bei den großen Anforderungen, welche in dieser Beziehung an die Organisation gestellt werden, ersuchen wir nunmehr die übrigen Gewerkschaften auch ihrerseits den kämpfenden Tüttlinger Schuhmachern ihre Solidarität durch finanzielle Unterstützung zu beweisen.

Der Verband deutscher Schuhmacher.
Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Former und Berufsgenossen! In Nürnberg befinden sich die Former im Generalstreik. Zugut ist fernzuhalten. Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbands.

Noch eine neue Tapezierer-Organisation. Eine sehr schwach besuchte Versammlung der Tapezierer (Polsterer und Kleber), die am Sonntag bei Pastor, Inselstraße, tagte, beschloß, eine lokale Organisation für die Polsterer Berlins und Umgegend zu gründen; für die Kleber besteht bekanntlich bereits eine solche Organisation. Die Gründung wurde von den Rednern mit der unrichtigen Taktik, die der Centralverband der Tapezierer befolge, und mit den Arbeiter schädigenden Abmachungen vor dem Berliner Einigungsamt motiviert. Außerdem wurde der Anschluß an das Gewerkschafts-Lotz beschlossen. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in der sich der Verein zum Prinzip stellt: „Die vom Verband untergrabene Dessenlichkeit wieder herzustellen“.

Die Rixdorfer Bau- und Arbeitsluster sind seit Montag in einen Ausstand eingetreten; sie fordern für Arbeiter 28 M. für Arbeiter 25 M. Lohn und als Lohnstag spätestens jeden Sonnabend. Die von der Lohnkommission gepflogenen Verhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt. Erst am Sonntag, als die Arbeiter den Streik für Montag in Aussicht stellten, haben eine Anzahl Führer, nämlich 6 von 28, die Forderungen bewilligt. Dort, wo nicht bewilligt wurde, ist am Montag die Arbeit eingestellt. Als Streikbureau wurde das Lokal von Schmidt, Kottbusserdamm 34 gewählt. In diesen Tagen wird eine öffentliche Versammlung stattfinden, in welcher über den Stand des Streiks berichtet werden wird.

In Spandau ist ein Streik der Hafnarbeiter zum Ausbruch gekommen; die Arbeiter verlangen eine Lohnerhöhung.

Deutsches Reich.

Der Tischlerstreik in Krefeld dauert un verändert fort. Die Unternehmer wollen in bürgerlichen Blättern veröffentlichen, daß der Streik beendet sei, damit die Abgereisten, sowie auch sonstige Arbeiter herangezogen werden können. Wir machen jedoch darauf aufmerksam, Krefeld so lange zu meiden, bis von der Lohnkommission der Streik für beendet erklärt wird. Bewilligt ist in 14 Betrieben, darunter die Möbelfabrik von H. Straußen, sowie die Sofafabrik von

Schmittwinkel. In den übrigen Betrieben sind die Arbeiter ausständig. Anfragen sind zu richten an die Lohnkommission der Holzarbeiter Krefeld, Stefan- und Peterstraße-66.

Die Maler- und Anstreichergehilfen in Essen haben beschlossen, die Nichtbewilligung der den Meistern unterbreiteten Forderung, 10stündige Arbeitszeit und zur Ausgleichung der dadurch entstehenden Lohnverminderung eine Aufbesserung der Stundenlöhne um 10 Proz., mit Streik zu beantworten. In geheimer Abstimmung wurde der diesbezügliche Beschluß gefaßt, jedoch ohne Zeitbestimmung, wann der Streik beginnen soll. Um den Unternehmern die Möglichkeit zu nehmen, Vorbereitungen zu treffen, soll die Lohnkommission zur gegebenen Zeit die Parole zur Arbeitsniederlegung geben.

In Wiesbaden ist ein Maurerstreik ausgebrochen, der von den 1050 im Auslandsgebiet wohnenden Maurern die große Mehrheit, nämlich 1004 umfaßt. Die Ledigen reisen alle ab.

Der Malerstreik in Köln ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. Die Streikenden erzwangen sich den neunstündigen Arbeitstag und die Bezahlung der Ueberstunden mit 33/3 Prozent Aufschlag.

Ausland.

Eine neue Art von Arbeitsvermittlung bringen jetzt bei Gelegenheit des Streiks der Gummi-Arbeiter in Oberwaltdorf (Ostreich) die dortigen Gendarmen in Anwendung. Sie halten alle Straßen der Umgebung besetzt und nötigen die wandernden Arbeiter, gleichgültig, welcher Profession sie sind, in der Gummi-Fabrik Arbeit zu nehmen. Viel Glück haben sie allerdings noch nicht gehabt.

Versammlungen.

Charlottenburg. Am Donnerstag hielt der Wahlverein für Charlottenburg seine ordentliche Generalversammlung ab, nach dem Kostenbericht des Genossen Heuschle betrugen die Einnahmen 803,38 M., die Ausgaben 872,30 M., so daß für das 1. Quartal ein Bestand von 434,06 M. verbleibt. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. Dem Vertrauensmann wurden 250 M. zur Agitation überwiesen. Die Neuwahlen zum Vorstand ergaben folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Stadtk. Kurt Baale, 2. Vorsitzender Franz Bunge, Schriftführer Otto Körte, 1. Kassierer Heuschle, 2. Kassierer Emil Kresse. Revisoren: Junger, Schönborn und Flemming.

Schöneberg. Ein öffentliche Versammlung der Droschkentreiberer in Berlin und Schöneberg tagte hier unter guter Beteiligung im „Aluhhaus“, Hauptstr. 5/6. Genosse Dohle hielt zunächst ein Referat über Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation, worauf sich der Vorsitzende des Vereins Berliner Droschkentreiberer über die neuerdings in Fluß gekommene Frage, betreffend die Abschaffung des weichen Huttes für Taxameter-Lutscher verbreitete. Hierzu war ein Schreiben der Charlottenburger Führervereinigung eingelaufen, in welchem bekannt gegeben wurde, daß die Charlottenburger Führer gewillt sind, ihrerseits bereitwillig für die Abschaffung der weichen Kopfbedeckung einzutreten. Die in der Versammlung vertretenen Lutscher Charlottenburgs erklärten sich mündlich für die Befestigung der „Weißlädert“. Nach längerer Besprechung dieser Angelegenheit wurde beschlossen, eine Eingabe an das Polizeipräsidium zu richten, in der um Aufhebung der Verordnung vom 10. November 1893, betreffend die Einführung der weichen Kopfbedeckung, ersucht werden soll. In den anderen Stadtteilen Berlins soll in gleicher Weise vorgegangen werden.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Diez Verlag) ist soeben das 30. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt seien wir hervor: Demokratie und Anarchismus. — Die Ursachen der Hungersnöte in Britisch-Indien. Von H. W. Dymond. — Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe von 1865 bis 1890. Von C. Wegien. — Bulgarien an der Schwelle des neuen Jahrhunderts. Von J. Safonow (Sofia). — Zur Wohnungsfrage. Von Dr. C. Hugo. — Literarische Rundschau: Dr. S. Lichterfeld, Das Bleichschneidewort.

Der Krieg.

Es wird gegenwärtig an mehreren Stellen gekämpft, doch scheint es sich auch diesmal um keine Gefechte größeren Stils zu handeln. Während sich die Untergenerale mit ihren Corps ganz in der Nähe Bloemfonteins mit den Boeren herumschlagen, zum Teil sogar, wie bei Wepener, von denselben schwer bedrängt werden, weiß Lord Roberts wie seit Wochen in beschauerlicher Nähe in Bloemfontein selbst. Es muß wirklich, wenn hinter seinem Verhalten nicht ein weit ausschender strategischer Streich steckt, um seine Truppen sehr traurig aussehen. Allerdings lassen sich die „Times“ aus Lourenco Marques melden, daß im Orange-Freistaat nicht weniger als 50 000 Boeren ständen, was ja die Bedachtsamkeit des Oberkommandierenden einigermaßen motivieren würde, allein diese Angabe ist offenbar kolossal übertrieben, da die gesamte Truppenmacht der Boeren nach den bisherigen Verlusten überhaupt keine 50 000 Mann mehr stark sein kann.

Laut den Mitteilungen aus verontworflicher Quelle, aus der die „Times“ schöpfen wollen, hätten die Republikaner im ganzen 105 000 Mann einschließlich der Aufständischen in den Kolonialbezirken im Feld gehabt. Die Boeren verfügten noch jetzt über 80 000 Mann, von denen 50 000 Mann im Orange-Freistaat, 10 000 Mann bei den Biggarsbergen und etwa 15 000 Mann in dem Distrikt von Fouriesdorp und Meridorp sich befänden. Da die beiden Boerenrepubliken zusammen kaum 200 000 weiße Einwohner männlichen Geschlechts zählten, die Urtländer inklusive der Engländer einbezogen, so ist es ganz unmöglich, daß sie 105 000 Mann hätten ins Feld stellen können. Die übertriebenen Angaben können nur den Zweck haben, die Etodung der englischen Operationen zu erschweren und die Siegeszuversicht der Engländer, die sogar mit 80 000 Feinden fertig zu werden hofft, umso unerschütterlicher erscheinen zu lassen.

Bei Dewetsdorp

befanden sich die Kommandanten de Wet und Villier im Gefecht mit General Gatacre. Eine Boerennachricht berichtet über diesen Kampf: Die Kommandanten de Wet und Villiers trafen in der vergangenen Woche in Dewetsdorp ein. Am 20. griffen sie die Streitmacht Gatacres an, welche aus etwa 3000 Mann und einer Batterie Artillerie bestand und einige Kopjes bei Richters Farm, im Westen von Dewetsdorp, besetzt hielt. Um 4 Uhr nachmittags mußte der linke englische Flügel zurückgehen. Das Gefecht, in der Hauptfache Schlingengefecht, dauerte bis zum Einbruch der Nacht. Die Boeren hatten einen Toten und fünf Verwundete. Die Verluste der Engländer sind unbekannt. Nach einem Bericht aus Masferu wurde auch am 21. März in der Richtung von de Wets Dorp Kanonendonner gehört.

Einschließung von Wepener,

die freilich nur einige 30 Kilometer von de Wets Dorp entfernt ist, soll Kommandant de Wet beteiligt sein. Eine Meldung von ihm aus Wepener besagt, daß er die Stadt noch immer eingeschlossen halte und 11 Gefangene gemacht habe, darunter einen höheren Artillerie-Offizier. Ferner meldete das Telegramm aus Masferu: Vier Boerengeschäfte besaßen die Caruison in Wepener festig. Eingeborene berichten, General Gatacre sei heute auf seinem Vormarsch am Umschmansloep gesehen worden, welcher 20 Meilen von Wepener entfernt liegt. Die Streikräfte der Boeren sind in drei Zelle geteilt. Zwei derselben sind bereit, die Entlastungskolonne zurückzuwerfen, während der dritte Wepener einschließt. Die Autos beobachtet die Vorgänge gespannt aber ruhig.

Der Angriff des Generals Gatacre ist inzwischen erfolgt. Das Gefecht dauerte am Vormittag des 22. noch fort, als die Nachricht abging.

In Natal

haben die Boeren, die angeblich bereits auf den Guerillakrieg gekommen waren, einen neuen Vorstoß unternommen. Ein Telegramm meldet aus Ladysmith:

In der Nähe von Gladslaagte wurde am 21. den ganzen Tag gekämpft. Laufend Boeren rüdten früh am Morgen auf eine Bergkette nicht ganz 3 Meilen von Gladslaagte vor, welche früher von der britischen Infanterie besetzt war. Als sie die Engländer zu Gesicht belamen, begannen sie die Hügel bei Gladslaagte zu bombardieren, ohne indessen irgendwelchen Schaden anzurichten. Als die Schiffs- und Garnisonsgeschütze der Engländer dann das Feuer annahmen, räumten die Boeren ihre vorgeschobenen Stellungen. Ueber Verluste wird nichts gemeldet.

Ueber die Kriegsführung der Boeren entwirft ein Dr. C. von Mheleworfel folgendes nicht gerade schmeichelhafte Bild:

Sind die Boeren nun wirklich Heroen, um nicht Titanen zu sagen? Keinesfalls; ein europäischer Kriegsrat würde sicherlich die Hälfte wegen Feigheit zum Tode verurteilen. 200 Mann von 2000 sind es gewesen, welche einige tausend Engländer niederschossen oder gefangen nahmen, die übrigen 800 blieben außer Schußweite. General Viljoen findet regelmäßig, daß alles verloren ist und zieht sich zurück; dann erscheint wieder General Botha auf der Bildfläche und zieht die verfahrenen Karre aus dem Dred. Den Platzand haben sie 30 Stunden lang in Besitz gehabt und ihn schließlich räumen müssen, weil die andren Kommandos nicht zu Hilfe kommen wollten. Bei Glencoe haben sie Schläge gekriegt, weil General Lucas Meyer (vom deutschen Kommando) nicht populär ist: „Neen, danke, dien vent helpen we niet!“

Ein Kommando mußte nach dem Süden; 50 Mann belamen dagegen Urlaub; als jedoch der Zug am folgenden Morgen abfuhr, stiegen mit dem Kommando mehr als 100 ein. Sobald der Zug still hielt, schienen sich verschiedene der Hundert zu erinnern, daß ihr Wohnplatz in der Nähe war. Neberall stiegen kleine Trippchen aus, schließlich verschwand auch der Feldflornet. Als der Zug im Süden anlangte, stieg ein Mann vom Kommando aus und meldete sich...

General Erasmus hat bekanntlich etwas Kaffernblut in seinen Adern und dies wird ihm als „Charakterfehler“ schwer angerechnet. Dies mußte er fühlen, als ihm auf einem schmalen Steig einer seiner untergebenen Buren begegnete; der „gehörliche Soldat“ rief: „Verfluchter Ferkel, willst Du gleich aus dem Weg gehen?“ Der General jagte weder büh noch baß, sondern trat einfach zur Seite und ließ den Boer passieren. Zoubert und Viljoen gehorcht niemand, nur Cronje und Botha.

Und diese Truppen oder Banden schlagen die Engländer immer wieder: so schmachlich wie noch nie eine Armee geschlagen wurde. Wer findet des Rätsels Lösung?

Ganz so schlimm, wie Mheleworfel die Dinge schildert, können sie unmöglich liegen, denn solche Horden zusammengekaufter und auseinanderlaufender Menschen könnten den Engländern unmöglich so viel zu schaffen machen. Immerhin mag an dem Vorwurf der mangelnden Unterordnung der Massen und der fehlenden Autorität und Umsicht der Kommandanten manches Wahre sein. Die Boeren sind meist primitive und unskultivierte Bauern, eigenmächtig, störrisch, miltztrauisch, und daher wohl schwerlich Träger aller jener kriegerischen Tugenden, die ein wehrhaftes Volkstheer in unfremem Sinn auszeichnen werden. Nichtsdestoweniger wiegen die kriegerischen Eigenschaften, die die Boeren wirklich besitzen, ihr treffliches Schwächen und ihre Gewandtheit in der Schützenlinie, den ganzen militärischen Drill der Engländer mehr als auf. Wenn schon ein Bruchteil der Boeren den ohnehin riesig überlegenen Engländern so arg angeht hat, wie mühte es um ihre Truppen sein, wenn die Gesamtheit der Boeren Mut, Entschlossenheit und die nun einmal im Kriege unentbehrliche Unterordnung — die aber nicht mit dem militärischen Kadavergehorsam verwechselt werden darf — bewiesen hätte!

Es geht was vor, die wiederholt und mit Entschiedenheit beteuert, daß ihre Meldung trotz der offiziellen Dementis den Thatsachen entspreche, und daß Herr von Bülow thatsächlich mit dem Transvaalgesandten Dr. Leyds eine längere Besprechung gehabt habe. Die „B. Z.“ registriert ferner nach dem „Secolo“ folgende Vermutungen: „Man sagt, insgeheim, in fremden Zeitungen, daß die Beauftragten die Absicht verfolgten, Deutschland um friedliche Intervention zu Gunsten der Boeren, Republikaner und Republikaner anzugehen, weil sie sonst geheime Dokumente veröffentlicht würden... Ob das wahr ist? ... Man darf aber sicher sein, daß die Friedensgesandtschaft mit äußerster Korrektheit und ohne alle Drohungen vorgehen wird; diese sind schon gar nicht angezeigt bei der schrecklichen Lage, worin sich Orange und Transvaal derzeit befinden.“

Die „B. Z.“ bemerkt alsdann dazu: Es scheint beinahe an der Zeit, daß Graf Bülow seine kunsthistorischen Studien an der berühmten Passion Bernardino Luminis im alten Klosterklein Maria zu den Engeln für einen Augenblick unterbricht, um der seinen Namenszug auf dem Galdband tragenden Reute zurückzuspfeifen.

Letzte Meldungen.

London, 23. April. Das „Reutersche Bureau“ veröffentlicht nachstehendes Telegramm aus dem Boerenlager bei Thabandu von gestern: **Der Kampf bei der Jammerberg Drift wird Tag und Nacht fortgesetzt.** Mittwoch und Donnerstagnacht hielt das Gewehrfeuer ohne Unterbrechung an. Die britischen Schützen auf der Kapkolonie verloren von 500 Mann 120, darunter fünf Offiziere.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 23. April. (W. G.) Die „Frankf. Stg.“ meldet aus Konstantinopel: Das türkische bei Beirut stationierte Torpedoboot „Scham“ explodierte vorgestern auf der Reede und sank unter. Zwei Offiziere, acht Unteroffiziere und der größte Teil der Mannschaft sowie mehrere an Bord befindliche Weiruter Notablen wurden durch die Explosion getötet.

Budapest, 23. April. (W. G.) Beim gestrigen Fußball-Match erlitt der Berliner Jahn-Techniker Otto Hiller einen doppelten Knöchelbruch und einen Rosenbrunn.

Haag, 23. April. (W. G.) Der Führer der Sondergesandtschaft der südafrikanischen Republik, Fischer, ist hierher zurückgekehrt. Heute gaben die Mitglieder der Abordnung persönlich ihre Karten bei den hier anwesenden Mitgliedern des diplomatischen Corps ab.

Paris, 23. April. (W. G.) Der „Temps“ berichtet aus Algier, daß ein Gelehrter, welcher von der französischen Regierung mit geologischen Forschungen in Algier betraut war, vierzehn Petroleumquellen von ungeheurer Reichthum entdeckt hat. Dieselben sollen ebenso ertragreich sein, wie die von Daku und Galtzien. Verschiedene Finanzgesellschaften zur Ausbeutung dieser Quellen werden in den nächsten Tagen gebildet werden.

Paris, 23. April. (W. G.) Heute mittag fand die Beerdigung des verstorbenen Bildhauers Falguieres statt. Waldeck-Roussieu sowie zahlreiche andre politische Persönlichkeiten und die gesamte Künstlerwelt waren zugegen.

Rom, 23. April. (W. G.) Die italienische Regierung verweigerte mit Rücksicht auf Frankreich dem Herzog von Orleans die Genehmigung, dauernden Aufenthalt in Lucca zu nehmen.

Simla, 23. April. (Telegramm des „Reuterschen Bureau“.) Amliche Berichte bestätigen die Meldungen von dem furchtbaren Charakter der Hungersnot, besonders in der Präsidentschaft Bombay und in den Nadschputana-Staaten. In einem Distrikt sind von 1 300 000 Stück Vieh 1 Million verloren gegangen. Mehrere Distrikte zeigen anormale Zahlen der Todesfälle. Da die Sterblichkeit unter dem Vieh eine so gewaltige ist, so wird jetzt die Möglichkeit in Erwägung gezogen, die geräucherten Adergerätschaften für Handbetrieb einzurichten.

Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbands.

Rürnberg, 20. April 1900.

Die Verhandlungen begannen mit Punkt 7 der Tagesordnung, dem Referat des Ausschussvorsitzenden Rob. Schmidt über die Tarifgemeinschaft. Hierzu ist folgende Resolution beantragt:

Der Verbandstag schließt sich in seinem Urteil über die Tarifgemeinschaft den Beschlüssen des Frankfurter Gewerkschaftskongresses an.

So weit sich in unserem Beruf Gelegenheit findet, feste Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern abzuschließen, sind solche anzustreben. Für die Art und Dauer solcher Verträge läßt sich keine allgemeine Norm festlegen, wir betrachten es als Aufgabe der Verbandsleitung resp. der Verwaltung der Zahlstellen, die Vereinbarungen so zu gestalten, daß sie nicht zum Nachteil der in unserem Beruf beschäftigten Kollegen ausarten können.

Wir verlernen dabei nicht, daß gerade die eigenartigen Verhältnisse in unserem Gewerbe dem Abschluß der Tarifverträge vielfach hinderlich sind. Die besonders in großen Betrieben und bei Massenfabrikation übliche Accordarbeit erschwert wegen des Wechsels der Muster, der verschiedenen technischen Hilfsmittel und der ganz regellos eingeführten Teilarbeit die Aufstellung von Tarifen.

Es wird mithin bei dieser Arbeitsmethode nur möglich sein, durch Festsetzung von Minimalverdiensten in Accord- oder bei Lohnarbeit, Abgrenzung der Arbeitszeit, Bezahlung von Nebenarbeiten, Beseitigung des Kost- und Logisweises und andre Forderungen die Grundlage für einen korporativen Arbeitsvertrag zu schaffen.

Der Verbandstag sieht in dem Abschluß solcher Verträge keine Aufgabe eines gewerkschaftlichen Prinzipis, sondern die Anerkennung eines starken Einflusses der gewerkschaftlichen Organisation, da ohne die Organisation solche Vereinbarungen keinen Nachhall haben.

Der Referent sieht in der Tarifgemeinschaft, die in letzter Zeit die Gewerkschaften so vielfach beschäftigt, einen Beweis für die Erstarrung der Gewerkschaften. Die Unternehmer seien gezwungen, anzuerkennen, daß nicht sie die alleinigen unbeschränkten Machthaber sind, die den Arbeitsvertrag feststellen, sondern auch die Arbeiter ein Wort mitzureden haben. Die Gewerkschaften selbst haben aber an den Streiks kein Interesse, wenn sie ihre Aufgabe, die Lage der Arbeiter zu heben, ohne dieses Kampfmittel erreichen und allein durch das Vorhandensein der Organisation die Unternehmer zu Zugeständnissen zwingen. Neben besprochen dann eingehend die Verhältnisse im Beruf und in welcher Weise hier Tarifverträge abgeschlossen werden können, man müßte sehr vorsichtig sein, denn die Art der Entlohnung und die Vielgestaltigkeit der Arbeit erschwert den Abschluß solcher Verträge. Weiter beschäftigte sich Referent mit der Funktion der Einigungsämter am Gewerbegericht. Er empfiehlt den Verhandlungszwang vor dem Gewerbegericht in der Form, wie die Reichstagskommission in ihren Anträgen zum Gesetz betreffend die Gewerbegerichte es vorschlägt, und beirät ähnliche Einrichtungen im Ausland. Gerade die großen und leistungsfähigen Organisationen haben sich mehr zu einem korporativen Arbeitsvertrag hingeneigt und solche Verträge sogar selbst angeregt, es empfehle sich, daß auch die Holzarbeiter den gleichen Weg einschlagen.

Die Resolution wurde ohne jede Diskussion einstimmig angenommen. Es folgten dann die Berichte der Revisions- und Beschwerdefunktion, die zu keinen längeren Erörterungen Anlaß gaben.

Die hierauf folgende Statutenberatung wendete sich zunächst der Frage zu, ob eine Beitragserhöhung beschlossen werden soll. Es lag der Antrag vor, den Beitrag von 20 Pfennig auf 25 Pfennig pro Woche zu erhöhen. Die Mehrzahl der Redner plädierte für die Beitragserhöhung, sie wollten aber in enger Verbindung damit die Leistungen steigern und wendeten sich gegen den Antrag, die Unterstufung bei Streiks ohne Unterschied für Verheiratete auf 12 M., für Unverheiratete auf 10 M. zu bemessen. Man wünschte vielfach die örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen und eine Verschiedenheit der Sätze einzuführen, da die Gleichberechtigung eine Zulassung für die großen Orte bedeute. Die Vertreter aus den größeren Orten, besonders die Delegierten aus Berlin, wiesen darauf hin, daß es für sie schwer sei, der Beitragserhöhung zuzustimmen, wenn nicht den Mitgliedern mehr geboten werde. Den kleineren Zahlstellen läme die Reiseunterstützung zu gute, die in größeren Orten für die Mitglieder nahezu bedeutungslos sei. Die Agitation in kleineren Orten erfordere verhältnismäßig mehr Mittel, und die besonderen Mittel, die in Berlin zur Verfügung standen in Höhe von 70 000 M., sind während des Streiks ohne Jögern geopfert worden. Dem Vorstand sind hier die höheren Leistungen erspart geblieben.

Dem gegenüber vertretete einige Redner die Beibehaltung des bisherigen Beitrags. Besonders wies Stolpe-Grünberg darauf hin, daß die überaus schlechten Erwerbsverhältnisse in Schlesten den Holzarbeitern nicht gestatten, höhere Beiträge zu zahlen. Es mögen die größeren Orte, wo die Kollegen besser gestellt sind, durch Extrabeiträge ihre Leistungen steigern und aus lokalen Zuschlägen auch die Unterstufungen ihrer Mitglieder erhöhen. In namentlicher Abstimmung wurde hierauf die Beitragserhöhung mit 58 gegen 22 Stimmen angenommen. Ferner wurde bestimmt, daß der Vorstand für verheiratete Mitglieder, die genötigt sind, ihren Wohn- und Arbeitsort zu wechseln, eine Unterstufung bis zur Hälfte der Umzugskosten, aber nicht über 30 M. und innerhalb 2 Jahre nur einmal gewähren kann. Jedoch soll die Unterstufung nur dann eintreten, wenn der neue Wohnort mindestens 20 Kilometer von dem alten entfernt liegt. Die Einführung einer Krankenunterstützung wurde abgelehnt. Mit 39 gegen 36 Stimmen beschloß man, das Eintrittsgeld von 40 Pf. auf 50 Pf. zu erhöhen. Den Zahlstellen wurde die Berechtigung erteilt, mit Zustimmung des Vorstandes Extrabeiträge zu erheben. Bei Streiks soll den Mitgliedern, wenn der Ausstand über eine Woche dauert, der Beitrag erlassen werden. Im Streitfall soll der hinterbliebenen Witwe wie bisher eine Unterstufung gezahlt werden. Diese Beiträge sollen erhöht werden und werden wie folgt festgesetzt: Bei 52 Wochen Mitgliedschaft wird 25 M. gezahlt, für je 52 Wochen längerer Mitgliedschaft erhöht sich die Unterstufung um 5 M. bis zur Höchstgrenze von 75 M. Für weibliche Mitglieder sollen alle Unterstufungen nur bis zur Hälfte gewährt werden. Die Unterstufung bei Maßregelung kann nach Ermessen des Vorstandes von 12 bis 18 M. pro Woche festgesetzt werden. Die Reiseunterstützung bleibt in der bisherigen Art bestehen. Den Lokalverwaltungen bleiben auch bei Erhöhung des Beitrags 30 Proz. der Einnahmen für ihre Zwecke überlassen. Es war beantragt, die Gaurichter als besoldete Beamte anzustellen. Dem gegenüber beschloß die Generalversammlung, nur da Beamte anzustellen, wo es sich als notwendig erweist. Die Wahl dieser Beamten soll durch den Ausschuss und Vorstand erfolgen. Sodann wurde beschlossen:

Wichtige Beschlüsse des Verbandstages, namentlich solche, welche eine Erhöhung oder Ermäßigung der regelmäßigen Beiträge oder Leistungen des Verbandes betreffen, sind vor ihrer Durchführung einer Abstimmung zu unterwerfen, sofern der Verbandstag mit Dreiviertelmehrheit solches beschließt.

Rürnberg, den 21. April 1900.

Zunächst wurde heute beschlossen, die Diäten für die Delegierten pro Tag auf 12 M. festzusetzen. Sodann wandte sich die Beratung dem Streitreglement zu. Die Bestimmungen wurden dahin geändert, daß Angriffsstreiks, die nur drei Tage dauern, nicht unterstützt werden. Die Unterstützungsberechtigung bei Streiks wird so geregelt, daß den Mitgliedern, die noch nicht länger als vier Wochen Mitglied der Organisation sind, keine Unterstützung zukommt. Eine Mitgliedschaft bis zu 13 Wochen berechtigt zur halben Unterstützung,

während die hierüber hinausgehende Mitgliedschaft die volle Unterstützung zugewilligt erhält. In Bezug auf die Höhe der Unterstützung wurde beschlossen, keine gleichmäßigen Sätze für alle Orte zu bestimmen, im allgemeinen ist dem Vorstand hier freie Hand gelassen.

Bei Besprechung verschiedener Fragen beantragte man die Gehälter der vier ersten Beamten von 160 M. monatlich auf 180 M. zu erhöhen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, dagegen sämtlichen Beamten eine Zulage von 10 M. pro Monat gewährt, so daß das Gehalt der Hilfsarbeiter von 140 M. auf 150 M., der übrigen Beamten von 160 M. auf 170 M. erhöht wird. Der Sitz des Vorstandes bleibt in Stuttgart und wurden die bisherigen Beamten wiedergewählt. Der Ausschuss behält seinen Sitz in Berlin. Es lag dann ein Antrag vor, der Generalkommission zu empfehlen, für die polnischen Arbeiter ein Gewerkschaftsblatt herauszugeben. Roeske, Vertreter der Generalkommission, wies daraufhin, daß man seit Jahren veruche, die polnischen Arbeiter für die Gewerkschaften zu interessieren, das ist auch mit Erfolg geschehen. Dagegen habe die Generalkommission kein dringendes Bedürfnis für die Gründung eines besonderen Gewerkschaftsorgans für vorliegende erachtet und bisher solche Anträge abgelehnt. Der Verbandstag lehnte den Antrag ab, wünscht aber, daß der Vorstand, wie es auch bisher schon geschehen ist, bei der Agitation die besonderen Verhältnisse in den polnischen Landesteilen berücksichtigt. Der nächste Verbandstag wird im Jahr 1902 nach Mainz einberufen werden. Es wurde sodann bestimmt, daß bis zum 1. Mai nur noch ein Extrabeitrag von 20 Pf. zu zahlen ist und von da ab bis zum Inkrafttreten des neuen Statuts am 1. Juli ein Extrabeitrag von 5 Pf. erhoben wird. Abdam wird der regelmäßige, nunmehr auf 25 Pf. festgesetzte Beitrag zu leisten sein. Ueber die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung soll durch Abstimmung sechs Wochen vor dem nächsten Verbandstag eine Entscheidung getroffen werden.

Zum internationalen Kongress in Paris entsendet die Organisation den Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“, Roeske. Zum nächsten Gewerkschaftskongress wird die Organisation zehn Delegierte und je einen Vertreter des Vorstandes und Ausschusses entsenden. Damit waren die Beratungen beendet und der Vorsitzende schloß den Kongress mit einem Rückblick auf die Arbeiten, der ausklang in ein Hoch auf den Holzarbeiter-Verband.

Kommunales.

Die Magistratskommission zur Pariser Weltausstellung hat gestern vormittag unter Vorsitz des Stadtrats F. Haack beschlossen, an 20 Verwaltungsstellen der städtischen Verwaltung die Aufforderung ergehen zu lassen, bis zum 15. Mai der Kommission Vorschläge zu machen, welche Personen aus ihren Kreisen sie zur Entsendung nach der Ausstellung für geeignet erachten.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Lichtenberg, Friedrichsberg. Heute, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, findet im Orte eine Flugblattverbreitung statt. Die Parteigenossen werden erucht, sich rege daran zu beteiligen und sich in den bestimmten Stellen einzufinden.

Groß-Lichterfelde. Am Mittwochabend 8 Uhr findet die Generalversammlung des „socialdemokratischen Agitationsvereins“ im Bagelschen Lokal, Chausseest. 104, statt. Das Referat hat Reichstags-Abgeordneter Genosse Kunnert über: „Die nächsten großen Aufgaben des Reichstags“ übernommen. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Der Vorstand.

Wilmerdorf. Die nächste Versammlung des „socialdemokratischen Vereins“ findet morgen Mittwoch im Volksgarten“ statt. Ramentlich der 2. Punkt der Tagesordnung, in welchem die Vermehrung der Gemeindevorsteherfrage behandelt wird, macht das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.

Pantow-Niederschönhausen. Heute abend bei Seitelorn: Lesabend des „Arbeitervereins“. Thema wird bekannt gegeben.

Lokales.

In fünfzig Jahren Großer Berliner ist die Bevölkerung der Reichshauptstadt soeben vom preussischen Ministerium beurteilt worden. In der Frage der Konzeptionierung der Großen Berliner Straßenbahn hat nämlich, wie die Direktion mittelt, jetzt der Minister dahin entschieden, daß der als dem Kleinbahngezeig unterstehenden Gesellschaft für ihr elektrisches Straßenbahneise die staatliche Genehmigung bis zum 31. Dezember 1909 erteilt werden soll.

Der Vertrag, den die verhaßte Gesellschaft mit den Vätern der Berliner Kommune abgeschlossen hat, dauert bekanntlich bis zum Jahre 1919. Wenn der Minister nunmehr der „Großen“ die Konzeption 30 Jahre über diese Zeit hinaus verlängert, so bedeutet das für erste sehr viel Verirauen zu dieser beim Publikum so arg in Mißkredit stehenden Gesellschaft; zweitens liegt darin eine recht hübsche Wertschätzung der kommunalen Behörde. Die konnte die Lokalität, mit der sich Stadtverordneten - Mehrheit und Magistrat in den letzten Tagen so unbandig gepreßt haben, wohl besser belohnt werden, als durch das ministerielle Vertrauensvotum für eine Gesellschaft, deren Wohl und Wehe der erwählten Stadtväterchaft doch feinerzeit über alle Wachen am Herzen lag und deren unzählige Veräußerungen auch heute noch einer milden Beurteilung fähig sind! Zum dritten liegt in der ministeriellen Genehmigung aber ein geradezu märchenhaftes Vertrauen in den Bestand der heutigen Ordnung. Fünfzig Jahre! Außer dem Minister wagt höchstens ein zurückgebliebener Fortschrittmann noch zu hoffen, daß dann noch die Dinge so liegen wie heute. Daber ist es auch erklärlich, daß freireimige Blätter den Fall furchtbar ernst auffassen und dem Minister mit starken Vorwürfen kommen. So ungern wir Herrn Jänike und seiner Kollegenschaft in der Wahrsagelkunst Konkurrenz machen - mit der Prophezeiung, daß die Große Berliner gleich manchem andren öffentlichen Vergernis von heute das Jahr 1909 nicht mehr erleben wird, wagen wir es getrotzt. Die Konzeptionsverlängerung ist als Symptom, aber kaum praktisch von Bedeutung.

Den Agrariern muß alles zum besten dienen, sogar die verwahten Jugend. Ein hiesiges Blatt meldet: Der Brandenburgische Provinzialverein zur Bekämpfung des Vagabundentums unterhält bekanntlich Arbeiterkolonien für Männer in Friedrichswille bei Rappert. Für ältere weibliche Personen in der Anstalt Schar zu Blödensee und für jüngere in Brandenburg. Der Verein hat jetzt auch sein Augenmerk darauf gerichtet, verwahten, eben aus der Schule entlassene Mädchen in der Anstalt Friedrichswille gehörigen Kolonie Gilsandhof zu landwirtschaftlichen Arbeiten heranzubilden, um damit zur Verringerung des Mangels an solchen Arbeitern beizutragen. Die Regierung läßt den Unternehmen ihre Unterstützung angeheihen.

In dieser Meldung liegt viel untreiwilige Komil. Der ordentliche Arbeiter, der zum Bewußtsein seiner Menschenwürde gekommen ist, hat nichts Eiligeres zu thun, als der agrarischen Fuchtel zu entfliehen. Er wird ersetzt durch den verwahten Arbeiter, der somit als Konservator des preussischen Junkerstaates zu hohem ideellen Wert gelangt. Inzwischen hat sich der ordentliche, vorwärtsstrebende Arbeiter, vermöge dieser für den Kulturfortschritt

unentbehrlichen Eigenschaften, zum Socialdemokraten, also zu einem für die Erhaltung der heutigen Ordnung recht minderwertigem Wesen entwickelt. Recht viel Verwahterjung der Jugend, möglichst schlechte Schulen, intensive Aufzucht der verheirateten Proletarier und Proletarierinnen, so daß sie sich um ihren Nachwuchs nicht kümmern können - und Ostbrien, sowie der Staat, der in dieser gesegneten Gegend seine Hauptstütze sieht, ist vor dem Untergang gerettet!

Wilhelm II. Eine Korrespondenz meldet: Vorübungen zum Empfang des Kaisers Franz Joseph von Oesterreich fanden im Beisein des Kaisers bereits im Berliner Schloß statt. Die Trompeter des Regiments der Gardebucorps, sowie ein Zug von der Leibschwadron, außerdem die Leib-Gendarmarie des Kaisers, die Leibgarde der Kaiserin und die Schloßgarde-Compagnie mußten im Festdahl resp. auf den Treppen zu den Gemächern Aufstellung nehmen. Die Trompeter werden den Gast des Kaisers mit einer dreimaligen Fanfare empfangen.

Die Vereinfachung des Post-Zeitungsbezuges wird gegenwärtig im Reichs-Postamt erwogen. Es wird beabsichtigt, die Zeitungselder vor Beginn der regelmäßigen Bezugskfrist durch die Briefträger einzuliefern zu lassen. Die Oberpostdirektionen haben fast alleseitig die Einführung dieser Einrichtung als zweckmäßig bezeichnet. Ueber die Regelung des Verfahrens im einzelnen weisen die Vorschläge aber wesentlich von einander ab. Deshalb hat, wie die „Deutsche Verkehrszeitung“ meldet, das Reichs-Postamt mehrere Oberpostdirektionen beauftragt, ein ihnen geeignet erscheinendes Verfahren auszuwählen und für das zweite und dritte Viertel des laufenden Jahres versuchsweise anzuwenden. Ueber die hierbei gewonnenen Erfahrungen soll dann unter genauer Schilderung des Verfahrens berichtet werden.

Verkauf eines Begräbnisplatzes. Der alte Garnisonkirchhof in der Lützenstraße, auf dem schon seit ca. 40 Jahren keine Beerdigungen mehr stattgefunden haben, ist, wie wir erfahren, zu einem Preis von 1 750 000 M. an ein hiesiges Konfortium verkauft worden. Die Garnisonverwaltung, welche eine bedeutende Geldsumme zur Deckung der durch den Umbau der alten Garnisonkirche entstandenen Kosten gebraucht, hatte im vergangenen Jahr das Terrain dem Magistrat zum Zweck der Herstellung einer Parkanlage angeboten. Die städtische Behörde hat jedoch in Veräußerung des hohen Preises die Offerte abgelehnt. Nunmehr soll der alte Friedhof mit großen Wohn- und Fabrikgebäuden versehen werden. Die Gesellschaft wird von dem Bauland einen nicht unerheblichen Streifen zum Zweck der Verbreiterung der Lützen- und Gormannstraße abzutreten haben.

Berliner Schulzustände. Ueber „schulschwänzende Kinder“ fähren besonders die Lehrer des Ostens und Südostens der Stadt jetzt so lebhaft Klagen, wie niemals zuvor. Als Hauptursache dieser Erscheinung ist der ganz ungewöhnlich starke Wohnungswechsel zu betrachten, der diesmal dem Schulanfang vorausgegangen ist, und der eine wirksame Kontrolle über die Schüler bisher ungemein erschwert hat. Viele Kinder sind in der Schule des neuen Bezirks überhaupt noch nicht erschienen oder auch dort gar nicht angemeldet. Die Lehrer behaupten, daß vielfach die „fliegenden Klassen“, welche es leider immer noch in so großer Anzahl giebt, zu einer Entfremdung von der Schule beitragen, da bei den solche Klassen besuchenden Kindern nie das Gefühl der Anhänglichkeit zur Schule gründlich gewekt werden kann.

Eine gemeinsame Vorstellung, so erzählt ein Berichterstatter, werden demnach die beiden Circulardirektoren Busch und Schumann in Berlin geben. Diese Nachricht mag überraschen, da beide soeben erst die „Saison“ hier geschlossen und sich mit Dankeslandgebungen vom Berliner Publikum verabschiedet haben. Es ist aber auch eine Vorstellung eigener Art, die, wie erst jetzt bekannt wird, durch unliebbare Abschiedsreden auf dem Anhalter Bahnhof veranlaßt worden ist. Dort standen in der Nacht zum Freitag vorherige Woche Sonderzüge für beide Gesellschaften um 1 Uhr zur Abfahrt bereit. Als Pferde und Material bereits verladen waren und die Künstler-Scharen sich eben zum Einsteigen versammelten, rief Direktor Schumann seinem Kollegen Busch, der inmitten seiner Freunde auf dem Bahnsteig stand, heftige Schimpfworte zu und veruchte, sich zu ihm durchzudrängen, um ihn zu schlagen. Seine Freunde hatten Direktor Busch, Ruhe zu bewahren, und drängten ihn sanft nach dem Ausgang der Halle. Auf beiden Seiten mühten sich andre ein, es entstand eine lebhaft Unruhe auf dem Bahnsteig und man rief aufgeregt nach der Polizei und dem Bahnpostvorstand. Der diensttuende Assistent drohte, die Jüge auf der Stelle abfahren zu lassen, wenn der Tumult sich nicht sofort lege. Im letzten Augenblick aber ließ Schumann noch hinter Busch her und versetzte ihm einen heftigen Stoß, dann wurde er von seinen Freunden in den Zug gedrückt, der sich nun in Bewegung setzte. Auch beim Abfahren schimpfte Schumann noch weiter. Als er die Halle verlassen hatte, lehrte Busch mit seinen Freunden zurück und half darauf dampfte auch sein Zug ab. Schumann wird sich dieser wörtlichen und thätlichen Beleidigungen wegen in Berlin vor dem Strafrichter zu verantworten haben. Der unliebbare Kusttritt hängt mit einem Zivilprozeß zusammen. Der wegen des „Gigerl-pferdes“ zwischen den beiden Direktoren schwebt und auf unlauteren Wettbewerb deutet.

Zur Medienwaldsches Mordfache. Der alte Tischlermeister Theodor Gluth ist Sonnabendnachmittag vom Untersuchungsrichter wieder in Freiheit gesetzt worden. Seine beiden Söhne Georg und Willy wurden noch in Haft behalten. Die Polizei glaubt, daß Willy Gluth das geraubte Geld, da man es anderswo nicht fand, zu seiner Geliebten getragen und bei ihr versteckt habe. Eine Hausdurchsuchung bei dem Mädchen förderte jedoch nichts zu Tage. Auch die Vernehmung, die es am Sonntag bei der Kriminalpolizei zu bestehen hatte, endete mit einem negativen Ergebnis. Was den Aufenthalt des Willy am Tage der Ermordung des Fräuleins Medienwaldt betrifft, so behauptet Gluth und seine Frau nach wie vor, daß ihr Sohn den ganzen Tag bei ihnen gewesen ist. Nachdem das Belastungsmaterial durch die Zeitungen bekannt geworden ist, haben sich auch sehr glaubwürdige Personen gemeldet, die zum Auffinden von Blutspuren in der Gluthschen Wohnung eine den Willy entlastende Erklärung dieses Fundes, die sein Bruder Max giebt, bekräftigen. Max Gluth, der in einer Robellschleierei in Schöneberg arbeitet, behauptet, daß er sich zwei Tage vor der Entdeckung des Mordes auf seiner Arbeitsstelle ein Stückchen aus dem Daunen gehobelt habe. Nachdem er abends nach Hause gekommen sei, habe sich der Verichluß der Wunde irgendwie gelodert, und er sei dann mit der blutenden Wunde in der Wohnung umhergegangen. Eine Bekannte der Familie, eine Frau Tiedt bekräftigt diese Behauptung, wie auch noch fünf andre Personen die Verletzung an jenem Tage bezeugen. Frau Tiedt hat nun Gluth noch empfohlen, die Wunde doch zu verbinden, er hat jedoch leichthin erwidert, das höre schon von selbst auf zu bluten. Diese Dinge erscheinen bedeutungsvoll, wenn man folgendes bedenkt: Die blutigen Fingerabdrücke an der Tapete befinden sich unmittelbar unter dem Kleiderriegel, an den Max Gluth seine Kleider gehängt hat. Die Schuhe, an denen Blut gefunden wurde und die Willy Gluth bei der Ausführung des Mordes getragen haben soll, standen unter dem Bette, in dem Max Gluth geschlafen hat, können also doch wohl aus dessen Daunenwunde betropft worden sein. Der Abort, auf dem ebenfalls Blutspuren gefunden wurden, ist an jenem Abend von Max Gluth benutzt worden. Das Gend, an dem Blut gefunden wurde, gehört nicht Willy, sondern Georg Gluth. Auch dieser hat mit einem Mädchen verkehrt und bringt den Verstand, der verdächtig erschien, hiermit in Verbindung. Wenn also das Entlastungsmaterial bei der eidlichen Vernehmung der Zeugen vor dem Untersuchungsrichter stand hält, so bleibt auch von den Vorposten kaum noch etwas übrig, was den Willy Gluth hinreichend belastet.

u dem Schloßfeld ist noch zu bemerken, daß der in der Wohnung der Erntedoten gefundene Schlüssel besonders fein und sorgfältig angefertigt ist. Das ist nicht ohne Bedeutung, weil Georg Gluth, der ihn gefasst haben soll, nicht gelernter Schlosser, sondern nur Schlosser-Arbeiter ist. Daß der Schlüssel zur Gluth'schen Wohnung paßt, ist auch nicht durchschlagend, da es sich um ein gewöhnliches, zu unzähligen Malen wiederkehrendes Schloß handelt. Ob die Abdrücke des Schloßstifts entscheidend sein können, erscheint noch fraglicher, da unendlich viele Schloßstifte ganz gleich gearbeitet und gezahnt sind. Ebenso verhält es sich mit den Fohlnröhren, die in bestimmter Größe alle nach einem Schema gearbeitet sind. Mit der Verteidigung seines Sohnes Billy hat Gluth den Rechtsanwalt Dr. Hugo Marace beauftragt.

In der Nordstraße wurden gestern, Montagmorgens, die verhafteten Gebrüder Billy und Georg Gluth abermals durch den Untersuchungsrichter Amtsgerichtsrat Jagemann eingehend verhört. Georg Gluth hatte sich bisher gestäubt, den von anderer Seite bestimmten Ausgang mit einem Mädchen in der Potsdamerstraße zuzugeben. Auf Zureden seines Verteidigers räumte er ihn jetzt ein mit der Erklärung, daß er das Mädchen, das er zu heiraten beabsichtige, habe schonen wollen. Das Verhör dauerte von 1 bis 5 Uhr nachmittags. Von der Anklagebehörde bearbeitet Staatsanwalt Reitz die Angelegenheit. Die neuen Jungen, die jetzt nachhaft gemacht worden sind, wurden gestern noch nicht vernommen. Die Verdächtigten wurden einstweilen noch beide in Haft gehalten.

Eine permanente Verkehrshöhle der Straßenbahn herrscht seit Montagmorgen an der Ecke der Lützow- und Potsdamerstraße und wird voraussichtlich über eine Woche anhalten, wenn die Straßenbahn-Gesellschaft ihre Dispositionen nicht ändert. Dort ist in der Lützowstraße nach dem Lützowplatz zu die Straße zum Zweck des Auswechsels der Schienen durch die bekannten provisorischen Weichen eingeleitet gemacht worden, und daraus ergibt sich das bekannte Auffahren der Wagen vor dem eingeleiteten Teil, welches bei dem in der Lützowstraße herrschenden starken Straßenbahn-Verkehr (acht Linien) an und für sich schon sehr störend ist. Es kommt aber hinzu, daß stehen von diesen acht Linien aus der Potsdamerstraße in die Lützowstraße einbiegen, und daß der eingeleitete Teil so dicht an der Ecke liegt, daß nur zwei Wagen in der Lützowstraße Platz haben, und sich die übrigen in der Potsdamerstraße selbst aufstauen müssen. Auf dieser Strecke laufen aber nicht nur diese beiden Linien, sondern außerdem noch sieben andre, und mit diesen 14 Linien ist dieser Teil der Potsdamerstraße tatsächlich die frequenteste aller Strecken. Geht man die Lieberwinger der provisorischen Weichen ganz glatt von straten, so ist doch 4 bis 5 mal häufiger ein Auffahren von 10 bis 20 Wagen, die bis zur Potsdamerbrücke reichen, nicht zu vermeiden. Passiert aber nur die kleinste Entgleisung, die bekanntlich in den provisorischen Weichen sehr leicht vorkommt, so ist die Barrikade von der Lützowstraße bis zum Potsdamerplatz und eventuell darüber hinaus fertig!

Von einem amerikanischen Duell redet jetzt auch der amtliche Polizeibericht. Er meldet: Der 21 Jahre alte Jugendler S. aus Glarus verfiel sich am Freitagabend in seiner Wohnung in der Köpplerstraße durch Quantsch. Mehrfache, schon vor längerer Zeit gethane Verhörungen über die ihm gemähte Lebenszeit und eine unmittelbar vor dem Genuß des Glitts von ihm angefertigte Niederschrift „daß er sein Leben seiner Ehre opfern“, lassen die Annahme eines solchen amerikanischen Duells als Grund des Selbstmordes wahrscheinlich erscheinen. Der Polizeibericht hat Phantasie.

In einem Irrtum befinden wir uns, als wir u. a. den „Lokal-Anzeiger“ in Nr. 90 als ein Blatt bezeichneten, welches Wohnfrage-Anzeigen streiflos aufnehme. Das genannte Blatt macht darauf aufmerksam, daß es „seit Jahr und Tag“ Anzeigen dieser Art zurückweise, und in der That fanden wir bei einer Durchsicht der Sonntags-Nummer unter den acht Spalten Heirats-, Waisen- und Witwenvereins-Anzeigen, mit denen er aufwartete, Wahrlage-Anzeigen nicht vertreten. Diese Specialität wird der „Berliner Morgenpost“ vom Centralorgan der Reichshauptstadt überlassen. Wenig geschmackvoll ist es aber vom „Lokal-Anzeiger“, sich nunmehr aufs hohe Pferd zu setzen und gewissermaßen von den stillen Aufgaben zu reden, welche eine Zeitung, die es mit ihren Wünschen ernst nehme, im Inseratenteil zu erfüllen habe. Dazu hat der „Lokal-Anzeiger“ mit seiner stillen Hilfe anderer Anzeigen verhänglicher Art denn doch wahrlich kein Recht.

Mit Weiberkassch und Kartenlegerer scheint der Selbstmord des Zimmermanns Wilhelm Jahnke aus der Grünhaldenstr. 5 zusammenzuhängen. Jahnke war mit einem Polier Müller in derselben Brauerei beschäftigt und wohnte mit ihm auf einem Flur. Aus Eifersuchtseelen, die man auf das Treiben von Kartenlegern zurückführt, gerieten die beiden Frauen der Genannten aneinander. Da auch die Brauerei mit den Klatschgeschichten beschäftigt wurde, so entließ sie Jahnke am 17. März als den jüngeren von den beiden Angeestellten. Am folgenden Tag verschwand Jahnke. Am Sonntagabend fand man ihn in Hermsdorf im See als Leiche wieder. Jahnke hinterläßt sechs Kinder.

In einer Gastwirtschaft vergiftet hat sich der 44 Jahre alte Schneider Eugen Hädel aus der Justirburgerstraße. Hädel, der aus Breslau stammt, war seit zwölf Jahren Witwer und besah seit dieser Zeit mit einer Witwe Diener zusammen eine Schneiderei, in der zehn Arbeiterinnen beschäftigt wurden. Er litt schon einige Jahre an den Nerven und mußte in den letzten zwei Jahren viermal eine Heilanstalt aufsuchen. Vorgestern nachmittag kam er in ein Schanklokal in der Justirburgerstraße und trank ein Glas Bier. Dabei zeigte er dem Wirt und einem Gast ein kleines Fläschchen mit den Worten: „Dies genügt für uns alle drei.“ Dann besuchte Hädel die Wirtin'sche Wirtschaft in derselben Straße. Nachdem er ein Glas Bier getrunken hatte, ging er einen Augenblick hinaus und lehnte sich dann im Hinterzimmer freibleich an die Wand. Auf die Frage, was ihm fehle, antwortete er mit schwacher Stimme: „Ich habe mich vergiftet!“ Im selben Augenblick brach er auch schon bewußtlos zusammen. Als ein Arzt kam, war er bereits tot. Hädel hatte Chankall genommen.

Beim Anheizen des Ofens tödlich verbrannt ist die 78-jährige Witwe Auguste Selbig, Wienerstr. 62. Ihre Puppenbarn hörten sie plötzlich jämmerlich um Hilfe rufen. Sie drangen in die Wohnung ein und fanden die alte schwache Frau am ganzen Körper brennend hilflos daliegen. Als sie das Holz angezündet hatte, war sie in einem Schwächeanfall mit dem Arme zu weit in den Ofen hineingeraten, so daß ihr Kleiderärmel Feuer fing. Der Kermel brannte weiter und entzündete dann auch das ganze Kleid. Die Frau ist bereits ihren furchtbaren Verletzungen erlegen.

Zwei Kulturwelten stoßen zur Zeit im Zoologischen Garten aufeinander. Am Bahnhofs-Eingang zeigt sich weltentlegene Romantik in Gestalt einer Escherkesstruppe. Wenige Schritte davon, im Wirtschaftskeller des Gartens, hat der Mittel-europäische Motorwagen-Verein eine Sammlung modernster u. a. m. o. b. i. l. f. a. h. z. e. u. g. e. aufgestellt, welche in einem technischen Verfahren auf ihre Leistungsfähigkeit und Widerstandskraft hin geprüft werden. Interessieren die Messungen an sich auch nur wissenschaftliche und praktische, so darf ihr Ergebnis vielleicht doch auch im großen Publikum auf Beachtung rechnen, da an der Zukunft des Automobils nicht wohl kaum mehr zu zweifeln ist und der Motorwagen bald genug seine Reife um die Welt antreten wird.

Die Escherkesstruppe prunkt mit dem Besitz all der Romantik, die wir aus den Schilderungen der Freiheitskämpfe kennen, welche das tapfere Volk um die Mitte des Jahrhunderts mit den Russen zu bestehen hatte. Die wilden Attenen zu Pferde, bei denen der Reiter mit den Händen den Erdboden berührt, würden jedem Zirkusünstler Ehre machen. Es sind malerische, kernige Gestalten, die auf der Jagd wie im Spiel Mannesart bewähren. Rinder lebhaft als die Reiterkunststücke sind die Tänze, welche die Tänzerinnen mit ihren jugendlichen Gesponsen aufführen. Zu der einmütigen Wucht von Klapper und Ziehharmonika bewegt sich der Fuß im feierlich-rhythmischen Schritt, als ob der Tanz ein ehernes Braut-

werden bedeute. Alles in allem lohnt es sich, die fremde Völker-schaft zu sehen.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 25. April, mittags 12 Uhr, hält Herr Musikdirektor Otto Diemel in der Moritzkirche ein Orgelkonzert bei freiem Eintritt unter Mitwirkung von Frau Marie Kornath, Fel. Wilma Gneulot, Fr. Marie Kambonnet, Herrn Kapellmeister Schicht und Herrn Robert Schmitzmann. Zur Ausführung kommen Orgel-, Gesangs- und Violin-Kompositionen von Bach (Passacaglia), Handel, Verdi, Diemel u. a.

Radspport. Das Rennen im Sportpark Friedebau war Sonntag dank dem schönen Wetter überaus stark besucht. Es nahm folgenden Verlauf: Friedebauer Hauptfahren. 1000 Meter für Klasse A und B. 200, 100, 50 M. In den Vorläufen siegten: Mayer (Hannover), Mulder, Dirheimer, Claffen, Käser, Mündner, Hlegard, Lurion; 1. Zwischenlauf: Mulder 1., Käser 2., Mulder rüde aus. II. Zwischenlauf: Hlegard 1., Mündner 2. Entscheidung: Hlegard 1., Mündner 2., Käser 3. Zeit: 1:20'. — Prämiens-fahren 5000 Meter. Dem ersten einer jeden Runde 10 M. Dem drei ersten der letzten Runde 80, 40, 20 M. Käser 1., Rudela 2., Mayer 3. Zeit: 4:09'. Die Prämien errangen: Lurion, Bocquillon, Dörflinger, Schenemann 2 mal. — 50 Kilometer-Fahren mit Schrittmachern. 4 Preise: 300, 200, 100, 50 M. Es starteten: Die-entmann, v. d. Lühn, Köcher, Nohl, Strud, Wimmemann, Käser, Nohl 1. Zeit: 58:08. Köcher 2 (3 Runden zurück), v. d. Lühn 3 (6 Runden zurück), Dieentmann 4 (4 Runden zurück), Strud 5 (9 Runden zurück). Aufgegeben: Wimmemann, Käser. — Tandem-Vorgabefahren. 1600 Meter. 120, 80, 40 M. Schenemann-Peter (100) 1., Claffen-Porte (120) 2., Gebr. Krause (140) 3. Zeit: 1:50'.

Radrennen in Treptow. — Eröffnungsfahren für Amateure. 1800 Meter. 3 Ehrenpreise i. B. v. 40, 25, 15 M. Kurzmeier 1., Rohmann 2., Keller 3. — Eröffnungsfahren. 1500 Meter. 3 Ehrenpreise i. B. v. 30, 20, 10 M. Wittenberg 1., Bod 2., Müller 3. —

Dauerfahren über 25 Kilometer. 3 Ehrenpr. i. B. v. 80, 50, 30 M. Striesche 1. Zeit: 35:57'. Kurzmeier 2. Hoffmann 3. —

Tandemfahren 3000 Meter. 3 Ehrenpr. i. B. v. 50, 30, 20 M. Ding-Hoffmann 1., Döhn-Geisler 2. Gebr. Rettig 3. —

Feuer in der Kaserne des 2. Garde-Dragoner-Regiments alarmierte gestern (Montag) nachmittags 5 1/2 Uhr ein großes Lärm- aufgetoß nach der Schleiermacherstraße. Auch Branddirektor Sieber war auf den Feuerturf herbeigeeilt, doch zeigte sich, daß die Gefahr nicht so groß war. In einem Gartenhäuschen war eine Gasolinlampe explodiert und hatte den Brand verursacht. Er konnte mit Leichtigkeit gelöscht werden. Kurz vorher gingen Steinfir. 11 Regale in Flammen auf. Im Lauf des Vormittags brannte Kollindensstraße 99 eine Schneiderwerkstatt. Unvorsichtige Klarnie verursachten während der Nacht ein Ausbrechen der Wehr nach Wendler-straße 6 und Barfischstr. 51. Die Täter konnten nicht ermittelt werden. Am Nordbahnhof war durch Selbstentzündung ein Kohlen- stapel in Brand geraten, der jedoch in kurzer Zeit erlosch werden konnte. Kleinere Zimmerbrände waren außerdem Potsdamerstr. 74, Neue Kulinstr. 2 (Schöneberg) und Grenadierstr. 25 abzulöschen.

Aus den Nachbarorten.

Steglich. In der Gemeindevor-sitzung am Freitag wurde zu-nächst die Gültigkeit der Gemeindevor-satzung angesprochen, trotz eines von einer bedeutenden Minderheit gegen die in der zweiten Abteilung gewählten Vertreter gerichtet. durch einen Formfehler begründeten Einspruchs. Sodann wurden die Neugewählten, darunter auch der Genosse Klapp, in ihr Amt eingeführt. Es folgte die Beratung der Vertragsbedingungen für den neu anzustellenden Friedhofsaufseher, sowie die Annahme des vom Ratskellnerwirt gestellten Antrags, ihn vom 15. Mai ca. ab von seinem Vertrag zu entbinden und die Delonome anderweitig zu vergeben. Der größere Teil der Ver-handlung war geheim.

In Sachen der ermordeten Schiffersdrau Bertha Grahnke aus Golen ist eine neue Verhaftung erfolgt, nachdem die bisher Verdächtigen ihr Alibi haben nachweisen können. Ob der Verdacht jetzt begründet sein wird, ließ sich noch nicht feststellen.

In Potsdam wird die Anlegung einer elektrischen Bahn von Wannsee über Nowawes-Neuendorf durch die Stadt Potsdam nach Vornim und Bornstedt geplant. Die Firma Oskar Kaiser in Berlin W. hat, wie die „Potsd. Ztg.“ berichtet, einen Entwurf für diese Bahn schon vollständig angefertigt, und es liegen die betreffenden Ver-träge der Gemeindevertretungen von Neuendorf, Bornstedt und Vornim zur Beratung und Beschlußfassung vor. Die Verhandlungen mit der Potsdamer Stadtverwaltung seien allerdings noch nicht über den ersten Anfang hinaus gekommen, an ihrer allfälligen Weiter- und Durchführung sei indessen nach Lage der Sache nicht zu zweifeln.

In der Untersuchung gegen den Giftmörder Jänike hat auf Eruchen der königlichen Staatsanwaltschaft zu Potsdam am Sonntagabend auf dem Selbstmörder-Friedhof bei Forsthaus Stern-schanze zu Potsdam die Wiederangrabung der Leiche der Witwe Verager stattgefunden. In Gegenwart des Ersten Staatsanwalts v. Dislich, der Gerichtsärzte Sanitätsrat Dr. Passauer und Dr. Schlichting sowie des telegraphisch zur Teilnahme an diesem Termin berufenen Gerichtschemikers Dr. Bischoff fand die zur Klarstellung der Frage, ob Giftmord vorliegt, erforderlichen Proben aus der früher bereits einmal geöffneten Leiche unter besonderen Vorsichts-maßregeln entnommen worden. Die Leiche war vorzüglich erhalten, so daß die chemische Untersuchung bald Klarheit bringen wird.

Gerichts-Zeitung.

Ein origineller Streit um einen Funderlohn hat kürzlich durch Erkenntnis des Zivilgerichts seinen Abschluß gefunden. Ein Kremser, der an einem schönen Sommerstage eine Gesellschaft nach dem Grunewald hinausführte, mußte dort ein Weibchen still halten, um zunächst einen elektrischen Straßenbahnwagen vorbeifahren zu lassen. Während dieses kurzen Aufenthalts sah der Ausfuher des Kremfers zwischen den Räumen einen braunen Gegenstand liegen und forderte einen der auf dem Ausfuherbord sitzenden Jungen auf, doch einmal nachzusehen, was es sei. Dieser war aber schon im Wege, vom Wagen herabzusteigen, denn er war auch von einer Dame darauf aufmerksam gemacht. Es ergab sich, daß es sich um eine braune Brieftasche mit einem Inhalt von 14 000 M. handelte, die ein Schlächter-meister verloren hatte. Der Name und der Stand des Verlorenen ergab sich aus der Brieftasche, die der Ausfuher in Verwahrung nahm. Er stellte sie am nächsten Tage dem Verlierer wieder zu und ließ schmunzelnd den Funderlohn ein. Er hatte aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht, denn nun trat der Vater des Knaben auf, der die Brieftasche vom Boden aufgehoben hatte und nahm für diesen den Funderlohn in Anspruch, da er der wirkliche Finder sei. Es kam darüber zur Klage, wobei Rechtsanwalt Dr. Platan die Rechte des Ausfuher, Rechtsanwalt Hugo Böhm diejenigen des Begnens verttrat. Ersterer behauptete, daß der Ausfuher Finder und erster Besignehmer sei, denn er habe den Knaben nur als sein Werkzeug benutzt und dieser habe nur in seinem Auftrag von der Sache Besitz ergriffen. Das Gericht war anderer Meinung. Die bloße Entdeckung genüge nicht, es komme vielmehr lediglich darauf an, wer der erste Besitzgreifer gewesen sei. Die Tatsache, daß der Ausfuher den Jungen zum Herabklettern vom Kremser bewegen habe, sei um so unerheblicher, als der Knabe gleichzeitig auch von anderer Seite eine dahingehende Anregung empfangen hatte. Da der Knabe zweifellos von dem Fundgegenstand als Erster und im eignen Namen Besitz ergriffen hatte, so hat das Gericht ihm auch den Funderlohn zugesprochen.

Stellenvermittlungsschwindel in großartigem Maßstab sollen die Kaufleute Fritz Rein und Max Lehmann betrieben haben, die gestern der siedenden Strafkammer des Landgerichts I aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurden. Rein, ein noch junger Mensch, eröffnete im Jahr 1897 in der Kleinen Hamburgerstraße 8 ein Vermittlungsinstitut, welches nach den von ihm veröffentlichten

Prospekten in sechs Abteilungen: Geschäftsverkäufe, Grund-lücke, Ermittlungen, Placierung für Personal jeder Branche, Heiratspartien und Generalagentur für Versicherungen zerfiel. Der Angeklagte legte bald zwei Filialen in der Großen Frankfurterstraße und in der Zimmerstraße an. In der letzteren wurde der Mitangeklagte Lehmann als Leiter gegen ein Monats-gelalt von 75 M. und 5 Proz. des Reingewinns angestellt. Die Abteilung „Stellenvermittlung“ scheint in dem Geschäft die am meisten gewinnbringende gewesen, aber in höchst unehelicher Weise be-trieben worden zu sein. Beim Kriminalkommissar v. Straß gingen inner-halb kurzer Zeit gegen 30 Anzeigen von Personen ein, die durch das Institut und dessen Filiale betrogen sein wollten und bald mehrten sich die Anzeigen auf insgesamt über 100. Die Geschädigten gehörten zumieist den ärmeren Bevölkerungsklassen an, die oft ihren letzten Hehpfennig den Angeklagten geopfert hatten in der Hoffnung, durch sie Broterwerb zu erhalten. Die Stellungsuchenden mußten 3 bis 5 M. Einschreibegeld bezahlen und wurden dann zu Geschäftsstellen geschickt, welche eine Stellung durch die Zeitung gesucht hatten. Natür-lich kamen die Bewerber stets zu spät. Kein verfuhr dabei in der gewissenlossten Weise, so laudte er beispielsweise einmal einen ein-armigen Mann zu dem Inhaber einer Singpielhalle, der einen „Kauschmeier“ verlangte. Lehmann erhielt von seinem Chef einen geladenen Revolver ausgehändigt mit der Weisung, davon gegen alle Stürmische, die ihre Einschreibegeld zurück-verlangten, Gebrauch zu machen. Es war eine große Anzahl Zeugen zur Stelle, darunter befanden sich auch einige vom Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schwindt, geladene Entlohnungszeugen. Die Ver-handlung gelangte nicht zum Abschluß, sondern wurde auf Antrag des Staatsanwalts, der noch einige ausgebliebene Zeugen für un-erlässlich hielt, vertagt. Die Angeklagten bleiben in Haft.

Schutz der schwarzen Listen. Die Verabredung unter Gewerbe-treibenden, bestimmte uneheliche Arbeiter nicht zu beschäftigen, giebt nach einem Erkenntnis des Kammergerichts dem betr. Arbeiter seinen Anspruch auf Erhalt etwaigen Schadens. Die Mitglieder des Vereins der Berliner Wollkäuf-Produzenten sollen eine Verabredung dahin getroffen haben, die einem Vereinsmitgliede unehelich gewordenen Arbeiter in eine schwarze Liste eintragen zu lassen, und keinem Arbeiter Beschäftigung zu geben, der nicht einen „Nach-weischein“ der Arbeitsnachweisstelle des Vereins vorlege. Ein Arbeiter, welcher aus einer Fabrik durch den Hinweis auf diese Verabredungen und die Androhung einer Konventionalstrafe seitens der Fabrikhaber entlassen worden war, hatte eine Schadenersag-klage angestreift und angeführt, daß diese Handlungsweise gegen die „guten Sitten“ (§ 826 B. G. B.) verstoße. Das Kammergericht hat diese Frage nicht weiter erörtert, da der Fall vor dem Inkraft-treten des Vorkläglichen Gesetzbuchs liegt. Eine andre Frage wäre, ob etwa der Vorkläger gegen den § 153 R. G. O. verstoßen hat und aus einer der dort vorgesehenen unlauteren Handlungen Schaden-ersatzpflichtig ist. Auch dies hat das Kammergericht ver-nehmt. Jener Paragraf bedrohe unter andern denjenigen mit Strafe, welcher andere durch Drohungen oder durch Berufserklärung bestimmt oder zu bestimmen versucht. Ver-abredungen der im § 152 bestimmten Art Folge zu geben. Die hier in Frage stehende Verabredung der Vereins-mitglieder charakterisiere sich nun aber nicht als eine solche zum Be-hufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern als eine Verabredung zu dem Zweck, die Arbeitgeber vor der Ein-stellung von Arbeitern in ihr Fabrikpersonal zu sichern, welche bezüglich ihrer Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit keine Garantie bieten. Da nun derartige Verabredungen nicht unter das Verbot des § 153 Reichs-Gew. O. fallen, so können die §§ 152 und 153 überhaupt zur Stützung des Entschädigungs-antrags nicht herangezogen werden. An sich mag die Entscheidung durchaus einwandfrei sein. Sie steht aber in merkwürdigem Wi-derstand zu der bekannten strengen Gerichtspraxis, die gegen Arbeiter in Streikangelegenheiten geübt wird.

Die Reichsgesetze können nicht durch private Abmachungen um-gangen werden. So belehrte gestern das Schöffengericht den Schneider Manasse, der sich wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung (Sonntagsbeschäftigung) zu verantworten hatte. Er hatte einen Gesellen regelmäßig des Sonntags von 9—1 Uhr beschäftigt und entschuldigte sich wie folgt: Er sei ein gläubiger Jude und der Geselle sei auch ein solcher; für sie beide sei es eine Sünde, des Sonntags zu arbeiten und deshalb seien sie überein gekommen, des Sonntags zu feiern und des Sonntags von 9—1 zu arbeiten. Die Sache wäre auch vielleicht ganz gut gegangen, wenn nicht Zwistigkeiten zwischen dem Angeklagten und dem Gesellen entstanden wären und letzterer eine Anzeige erstattet hätte. Der Gerichtshof belehrte den Angeklagten, daß er auch als gläubiger Jude die Gesetze zu achten habe und eventuell Sonntags und Sonntag die Arbeit ruhen lassen müsse und verurteilte ihn zu 10 M. Geldstrafe.

Am Landgericht I begann gestern unter Vorsitz des Land-gerichtsdirektors v. Winterfeld eine neue Tagung des Schwur-gerichts, die bis zum 5. Mai dauern wird. Größere Prozesse von allgemeinem Interesse werden nicht zur Verhandlung kommen.

Für den verurteilten „Ausfuher“ a. D. v. Kriegsheim haben die Verteidiger Rechtsanwälte Dr. Schwindt und Dr. v. Roritz unter Mitwirkung des Justizrats Dr. Staub die eingelegte Revision durch eine umfangreiche Revisionschrift begründet, in welcher das erste Urteil in formaler und rechtlicher Beziehung angegriffen wird. Es wird insbesondere darauf hingewiesen, daß die geschädigten Offiziere nicht be-nachteiligt sein konnten, da sie überhaupt nicht wechselfähig waren, ferner wird demängelt, daß der Grundlag no bis in idem in Ungunsten des Angeklagten nicht beachtet worden seien und daß Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes durch das Gericht eine unzutreffende Aus-legung erhalten haben.

Vermishtes.

Aus Konig wird berichtet: Einzelne Teile des aufgefundenen Kopfes wurden Herrn Gerichtschemiker Dr. Bischoff in Berlin über-gaben, um festzustellen, welches Veräußerungsmittel bei dem Ermordeten angewendet wurde, da Spuren von Helden an dem Schädel nicht zu entdecken waren. Das aufgefundenen Taschentuch, das in Stücke zerrissen war, hatte eine Länge und Breite von 42 Centi-meter und ist mehrfach gestopft. In der einen Ecke befindet sich ein weißes, ziemlich ungeschickt gesticktes A, für welches die Schablone umgekehrt aufgelegt wurde. Die an dem Fund-ort des Arms auf dem Kirchhof aufgefundenen Fußspuren haben sich als die eines Frauenfußes herausgestellt. Man hat jetzt auch jenes Mädchen ermittelt, zu welchem Winter in Beziehungen stand, und welcher ihn am Tage, an dem er verschwand, zu einer Landpartie nach Konowen geladen hatte, aber dort ohne Winter gesehen wurde. Das Mädchen heißt Meta Kaspari. — In-zwischen ist in Gerbauen der Wötter Friedrich Klebs ver-haftet worden, welches unter dem Verdacht des Mordes stechrisch verfolgt wurde. Klebs ist jener Bettler, der sich einige Tage zur Zeit des Mordes in Konig aufhielt, und nach dem Verbrechen spurlos verschwand. Er tauchte später in Krone auf und wanderte von hier nach Schneidemühl, wo er einige Tage in einer Brauerei arbeitete, bis sich herausstellte, daß er gar nicht Wötter könne. Er verlegte eine silberne Uhr und wanderte nach Gerbauen weiter. Der Verdacht wurde auf Klebs dadurch gelenkt, daß er in seiner Schloßstiege in Krone einen blutigen Kragen zurückließ. Klebs trug in Schneidemühl im Gegensatz zu seiner höchst schädigen Kleidung einen sehr guten Krimmeräberzieher, wie ihn Winter besessen hat. Verdächtig ist ferner, daß Klebs, der fast keine Fähigkeiten besitzt, auf seiner Wanderschaft stets einen Handkoffer mit sich führt, der vielleicht den noch nicht aufgefundenen Krug des Winter und die übrigen Leichenteile enthält.

Die ministerielle „Berliner Korrespondenz“ meldet: Die aus Anlaß des Koniger Mordes in Nachbarorten jener Stadt vorgekommenen Ausschreitungen gegen Staatsbürger jüdischen Glaubens haben den Minister des Innern veranlaßt, einen seiner vorragenden Räte, den Geheimen Oberregierungsrat Rauba, nach Konig

